

Kapitel V

POSITIONIERUNG DER TSCHECHISCHEN STIFTUNGEN IN DER ZIVILGESELLSCHAFT

1. Stiftungen in der tschechischen Zivilgesellschaft

Kapitel IV/2. hat gezeigt, dass es die Parteien als zivilgesellschaftliche Institutionen allein nicht vermögen, eine Transformationsgesellschaft wie Tschechien demokratisch, im Sinne der Schaffung partizipatorischer Strukturen, zu konsolidieren. Hierfür sind weitere Organisationsformen zivilgesellschaftlichen Lebens notwendig. Die Frage, welche Rolle die Stiftungen im Kontext der in Kapitel III und IV geschilderten spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen ausfüllen und künftig ausfüllen können, wird als zentraler Punkt des Kapitels V behandelt. In diesem Zusammenhang wird der Frage nachgegangen, welche operativen und strategischen Aufgaben den Stiftungen seit der Samtenen Revolution im gesellschaftlichen System der Tschechischen Republik zufielen und wie diese im Hinblick auf ihren Beitrag zur demokratischen Konsolidierung des Landes zu beurteilen sind. Darüber hinaus wird geprüft, ob die Stiftungen ein Instrument oder Garant demokratischer Konsolidierung in der Transformation und Transition sein können.

Nach der Auslöschung des Begriffes Stiftung aus dem sozialistischen Bewusstsein gab der November 1989 dem Begriff Stiftung wieder einen neuen Sinn, denn es waren gerade (ausländische) Stiftungen wie z.B. die Robert-Bosch-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Rockefeller Foundation, der Open Society Fund, die den Beginn der gesellschaftlichen Transformation tatkräftig unterstützten. Gleichzeitig gab es einen Boom tschechischer Stiftungsgründungen. Im März 1992 wurde ein Gesetzentwurf zum Nonprofit-Sektor vorgelegt, der die Begriffe Stiftung, Gemeinnützige Vereinigung und Interessenvereinigung (*nadace, veřejně prospěšné sdružení a zájmové sdružení*) einführte sowie die Erwerbstätigkeiten von NPOs reglementierte. Im April 1992 wurde ein weiterer Gesetzesentwurf erarbeitet, der sich auf Stiftungen und Gemeinnützige Vereinigungen beschränkte, aber die Stiftungen in private und öffentliche unterteilte²⁸³.

Besonders schnell hat sich in der Zeit von 1993-1997 die Anzahl der Stiftungen erhöht: von 2444²⁸⁴ in 1993/1994 stieg ihre Zahl mit 4351²⁸⁵ in 1995 um 78%. Für 1997, dem Jahr vor

²⁸³ Vgl. ausführlich: Pajas, P.: Die Genese unserer Stiftungsgesetzgebung. In: Grant. Zeitschrift für Stiftungen und den Nonprofit-Sektor. Prag, Nr. 5/95, S. 2-10.

²⁸⁴ Zahlenangabe in: Goulli /Vyskočilová/Goulliová: In: Frič, P./Goulli, R. u.a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der Johns Hopkins Universität. Prag, 2001, S.139. und ICN: Antworten auf Fragen. Prag, 1997, S.22.

²⁸⁵ Zahlenangabe in: Goulli /Vyskočilová/Goulliová: In: Frič, P./Goulli, R. u.a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der Johns Hopkins Universität. Prag, 2001, S.139.

der Neuregistrierung der Stiftungen mit Nachweis des Stiftungskapitals schwanken die Angaben zwischen 4657²⁸⁶ und 5278²⁸⁷ Stiftungen.

Die von den Zahlen ausgehende Tendenz ist offensichtlich. Sie lässt sich allerdings nicht als gewachsene Bereitschaft der Hinreichung privater finanzieller Mittel an Organisationen des nichtstaatlichen Nonprofit-Sektors werten, ebenso wenig als gestiegenes Bewusstsein im Hinblick auf die Funktion und Rolle von Stiftungen in einer demokratischen Gesellschaft. Sie ist vielmehr Ausdruck eines sich in der Transformation befindlichen Rechtssystems, das sich mit der Synchronität – und manchmal auch Inkompatibilität - noch existierender alter und bereits verabschiedeter neuer Gesetze auseinandersetzen muss. Am Beispiel der Stiftungen wird dies evident: Die nach 1989 in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommenen Regelungen unter § 20b-e (vgl. Anhang B) ermöglichten relativ unkompliziert die Gründung einer Stiftung. Die später verabschiedeten steuerlichen Erleichterungen für Stiftungen ließen diese Organisationsform auch für profitorientierte Unternehmer ohne gemeinnützig-fördernde Absicht zunehmend lukrativer werden.²⁸⁸

Mit dem *Gesetz Nr. 227/1997 Sammlg., über Stiftungen und Stiftungsfonds* (Vgl. Anhang C und Kap. III/3.3.) wurde diese Entwicklung konsequent gestoppt. Im Zusammenhang mit dem Stiftungsgesetz ist die Verlagerung bisheriger, insbesondere operativer Tätigkeiten von Stiftungen in neu gegründete Nonprofit-Organisationen wie Gemeinnützige Gesellschaften oder Zivile Vereinigungen evident. Die Zivile Vereinigung AGNES - Agentur für den Nonprofit-Sektor (Agentura neziskového sektoru) ist aus der Stiftung NROS hervorgegangen. Während sich NROS auf die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und auf Projekte im Bereich der Minderheitenrechte konzentriert, ist die 1998 gegründete Zivile Vereinigung in den Bereichen Bildung und Informationsdienste tätig und stellt den Nonprofit-Sektor über kulturelle Aktivitäten dar.²⁸⁹

Ein weiteres Beispiel für die Ausgliederung der Tätigkeiten aus den Stiftungen ist das Informationszentrum für Nonprofit-Organisationen (ICN), das als Stiftung und als Gemeinnützige Gesellschaft existiert. Der Leiter der Gemeinnützigen Gesellschaft sieht die Basis dieser Zweiteilung im Stiftungsgesetz:

„Die Teilung hing eigentlich mit dem Stiftungsgesetz zusammen. In der Tschechischen Republik, ich glaube 1998 trat dieses Gesetz in Kraft, also bis 1998 konnte die Mehrheit der NPOs als Stiftung bestehen. Das korrigierte dann das Stiftungsgesetz. Es kam zu einer Umregistrierung der Mehrheit der Stiftungen in eine andere Rechtsform, d.h. das

²⁸⁶ Firmenmonitor. Organisationsregister. Prag, Albertina icome GmbH, Stand: März 1997. In: ICN: Antworten auf Fragen. Prag, 1997, S.22.

²⁸⁷ Tschechisches Amt für Statistik. Datenbank der in der ČR registrierten Organisationen. Prag, Tschechisches Amt für Statistik, Stand. November 1997. In: ICN: Antworten auf Fragen. Prag, 1997, S.22.

²⁸⁸ Diese Auffassung wurde in Gesprächen am 07. und 08.09.1998 in Gesprächen mit Herrn Alexandr Gregar und am 11.09.1998 mit Herrn Jan Hloušek in Hradec Králové geäußert.

²⁸⁹ Zur Realisierung dieser Aktivitäten hat AGNES eine Begegnungsstätte eingerichtet, den „Klub v Jelení“.

Informationszentrum für Nonprofit-Organisationen – wie auch Stiftungen oder andere Nonprofit-Organisationen – vollzogen eine Umregistrierung in zwei Organisationen. Die Stiftung ICN gründete eine Gemeinnützige Gesellschaft als ICN - Informationszentrum für Nonprofit-Organisationen und blieb selbst als Stiftung bestehen. Dieser Rahmen wurde durch eine legislative Änderung der tschechischen Gesetze geschaffen. Dieses Gesetz bestimmt, dass der Sinn einer Stiftung in der Verteilung finanzieller Mittel und in Grant-Programmen besteht. Eigene Aktivitäten stehen dabei nicht mehr im Vordergrund. Zur Finanzierung einzelner eigenständiger Aktivitäten oder Aktivitäten anderer Organisationen sollte von der Stiftung eher zweckgebunden Eigentum genutzt werden. Die Stiftung ICN hat nach Inkrafttreten des Stiftungsgesetzes die Mehrheit ihrer bisherigen Aktivitäten in die Gemeinnützige Gesellschaft ICN verlagert. So sind diese zwei Organisationen entstanden. D.h. ICN bietet die Dienstleistungen an, die bisher die Stiftung angeboten hatte. Und die Stiftung macht die Tätigkeiten, die ihr zugedacht sind.²⁹⁰

Von den in 2001 über 300 registrierten Stiftungen, deren Streuung auffällig inhomogen ist und sich auf Prag konzentriert, ist nur ca. ein Drittel im Sinne des Stiftungsgesetzes aktiv.

Tabelle 8: Anzahl der Stiftungen in den Gebieten (nach Stiftungssitz)

<i>Gebiet</i>	<i>Stiftungen</i>
Zlínský kraj	13
Moravskoslezský kraj (Ostravský)	17
Olomoucký kraj	18
Jihomoravský kraj (Brněnský)	38
Kraj Vysočina (Jihlavský)	6
Pardubický kraj	4
Královéhradecký kraj	15
Liberecký kraj	11
Ústecký kraj	12
Karlovarský kraj	8
Plzeňský kraj	11
Jihočeský kraj (Budějovický)	19
Středočeský kraj	10
Praha	127
Gesamt	309

Quelle: Stifterforum. Datenbank Stiftungen. Februar 2001. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 6/2001, Beilage I.

²⁹⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Marek Šedivý am 02.12.2002 in Prag.

„... 300 sind registriert, davon ist - und das sind unsere internen Schätzungen – ein Drittel insgesamt nur einmal aktiv geworden, das zweite Drittel – das sind Stiftungen die ungefähr einmal im Jahr aktiv werden, indem sie beispielsweise ein Kinderferienlager unterstützen, und das letzte Drittel lässt sich noch einmal unterteilen in ca. 50 Stiftungen, die Gelder anderen zur Verfügung stellen und 50, die eine Kombination von eigenen Aktivitäten und Grants bilden.“²⁹¹

Einige Stiftungen konnten aber bereits die Hürden des neuen Stiftungsgesetzes nicht nehmen. Dies spiegelt sich im Beispiel einer Stiftung wider, deren Profil der Stiftungsräte durch „alte“ Interessenvertreter, die bereits vor 1989 zivilgesellschaftlich aktiv waren, geprägt ist und die sofort nach der Samtenen Revolution in der Vision eines „Europäischen Hauses“ der tschechischen Gesellschaft den demokratischen Gedanken näher bringen wollten. Ein während der empirischen Studien geführtes, gleichsam überraschendes und zufälliges²⁹² Interview (vgl. Anhang A) soll an dieser Stelle das Metier dieser „alten“ Interessenvertreter verdeutlichen:

Stiftung Jiří von Poděbrad für europäische Zusammenarbeit

Die 1990 gegründete Prager Stiftung hat ihren Stiftungszweck in der Datenbank²⁹³ wie folgt beschrieben: „Schaffung einer Plattform für die Tätigkeit im Bereich der Menschenrechte, der europäischen Integration, der Sicherheit und Zusammenarbeit und der Erziehung zur Demokratie (Bildungstätigkeit, Konferenzen, Informationstätigkeit, publizistische Tätigkeit, Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit).

Bei dem vorab telefonisch vereinbarten Termin zum Interview stellte sich heraus, dass die Stiftung keine laufende Tätigkeit, weder fördernder noch operativer Art unterhält. Die Räume der Stiftung ließen auf lang vergangene Arbeitsaktivitäten schließen. Anfang und Mitte der 90-iger Jahre hat die Stiftung unter finanzieller Beteiligung der tschechischen Commerzbank eine begrenzte operative Tätigkeit wahrgenommen: Es wurden Informationsbroschüren über die Europäische Union herausgegeben und einige – im Anschluss publizierte - Ringvorlesungen zum Thema „Herausragende Demokraten“²⁹⁴ gehalten.

Die wesentliche – fördernde – Aufgabe der Stiftungen lag nach Aussage meines Gesprächspartners den Mitgliedern des Verwaltungsrates nie am Herzen. Grants wurden nie ausgeschrieben; zwei Jahre hat die Stiftung keinen Jahresabschlussbericht vorgelegt.

Im Stiftungsrat besteht die Hoffnung, sich mit dem EU-Beitritt wieder um Gelder zu bemühen.

²⁹¹ Interview mit Mgr. Pavlína Kalousová am 29.11.2002 in Prag.

²⁹² Zufällig war dieses Interview deshalb, weil die Stiftung aus dem Rahmen der im Stifterforum organisierten Stiftungen heraus fällt, sie aber dennoch unter dem Stichwort „Förderung der Demokratie“ in der Datenbank der tschechischen Nonprofit-Organisationen zu finden war. Vgl.: <http://www.icn.cz/dbnno/asp/oneinfo.asp?IDO=1410> Die darin enthaltenen Angaben, so stellte sich im Interview am 02.12.2002 heraus, stimmten allerdings nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen überein.

²⁹³ <http://www.icn.cz/dbnno/asp/oneinfo.asp?IDO=1410> vom 23.11.2002

²⁹⁴ Die Stiftung hat noch im Jahr 2001 einen Sammelband zu der im März 2000 durchgeführten internationalen Konferenz „T.G. Masaryk, die Idee der Demokratie und gegenwärtiges Europäertum“ (T.G. Masaryk, idea demokracie a současné Evropanství) herausgegeben.

Diese Stiftung zeigt zweierlei: Die bereits vor 1989 bestehenden Strukturen und gesellschaftlichen Verbindungen konnten reaktiviert werden. Es wurde der in diesem Fall missglückte Versuch unternommen, sich in das neue gesellschaftliche Umfeld einzufügen. Darüber hinaus belegt die Wahl der Organisationsform „Stiftung“ für die 1990 im neu entstehenden Nonprofit-Sektor gegründete Unternehmung die in der Arbeit vertretene Auffassung, dass der Begriff „Stiftung“ zu diesem Zeitpunkt nicht im Sprachgebrauch der Bürger verankert war. Man bediente sich frei heraus der neuen Terminologie, ohne Wissen um den sinnlichen und rechtlichen Gehalt der Begriffe. Dies ist mit Sicherheit auch der Dynamik der gesellschaftlichen Umwälzungen geschuldet.

Kritisch anzumerken ist, dass man sich auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt für eine den Absichten und Aktivitäten adäquatere Organisationsform, wie z.B. der Gemeinnützigen Gesellschaft (Obecně prospěšná společnost) entschieden hat, ja sogar die Neuregistrierung nach dem neuen Stiftungsgesetz noch vollziehen wollte.

Darüber hinaus ist der Fall noch in einem weiteren Punkt kennzeichnend für die tschechischen Verhältnisse: Mein Gesprächspartner²⁹⁵ war keineswegs ein Vertreter der tschechoslowakischen Vor-Revolutionseelite: Er war vielmehr in den 50-er Jahren Dozent an der tschechoslowakischen Militärakademie, danach in der Diplomatie tätig und musste aufgrund von politischen Differenzen mit dem sowjettreuen Post-Dubček-System in den 70-er und 80-er Jahren in die Produktion. Nach 1989 wurde er rehabilitiert.

Seine Vita steht stellvertretend für viele tschechische Akademiker, die sich der „Normalisierung“ widersetzt haben.

In den Untersuchungen zur Zivilgesellschaft und Demokratie von MANSFELDOVÁ²⁹⁶ werden Stiftungen als institutionalisierte zivilgesellschaftliche Akteure nicht gesondert erwähnt. Auch in den Ausführungen von FRIČ und GOULLI²⁹⁷ stehen die Stiftungen ohne differenzierte Betrachtung in einer Reihe mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationsformen. Dies verwundert vor dem Hintergrund einer in westeuropäischen Ländern zu verzeichnenden Tendenz um so mehr: Sowohl in Deutschland²⁹⁸ als auch in Frankreich richtet man in der

²⁹⁵ Vgl. Anhang A, Nadace Jiřího z Poděbrad.

²⁹⁶ Mansfeldová, Z., Szabó, M.: Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß Ost-Mitteuropas: Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei. In: Merkel, W. (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen. 2000, S. 89-114.

Mansfeldová, Z.: Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 6-7/98, S.13-19.

²⁹⁷ Frič, P. u. a.: Spendenwesen und Freiwilligenarbeit in der Tschechischen Republik. Prag, 2001.

Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag, 2000.

Frič, P./Goulli, R. u. a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der Johns Hopkins Universität. Prag, 2001.

²⁹⁸ In diesem Bewusstsein fand im Jahr 2000 in Deutschland eine Stiftungssteuerrechtsreform statt, die als Basis für einen neuen Stiftungsboom diente. Die Rahmenbedingungen für aktives zivilgesellschaftliches Engagement, gegebenenfalls verbunden mit erheblichen Kosten für den Staat, wurden allerdings – im Vergleich zu den Niederlanden, Italien und Frankreich – nicht geändert.

politischen Debatte um die Zivilgesellschaft und die Wahrnehmung kollektiver Aufgaben durch nichtstaatliche Organisationen in den letzten Jahren besonderes Augenmerk auf die Stiftungen und bemüht sich zunehmend auch um wissenschaftliche Aufarbeitung²⁹⁹. Dies legt die Vermutung nahe, dass die Stiftungen im Laufe der Transformation und demokratischen Konsolidierung in Tschechien – trotz mangelnder Reflexion in der wissenschaftlichen Literatur des Landes - eine Position eingenommen haben, die sich wesentlich von der in Deutschland³⁰⁰ unterscheidet.

Die Überprüfung dieser Hypothese soll mit den Untersuchungen von FRIČ und GOULLI³⁰¹ - die sich auf Daten des John Hopkins Projektes stützen – beginnen.

Tabelle 9: Finanzportfolio tschechischer Nonprofit-Organisationen

(Daten aus dem John-Hopkins-Projekt 1995 in Mio. Kč)

Quelle der Einnahme	Kultur, Sport, Freizeit	Bildung und Forschung	Gesundheitswesen	Soziale Dienste	Natur und Umwelt	Kommunale Entwicklung, Wohnungswirtschaft	Zivilrechtliche Bildung und Politische Organisationen
Öffentlicher Haushalt u. Fonds*	2887	1489	1831	1171	324	574	350
Privater Sektor** davon	906	431	468	440	217	158	168
Stiftungen	202	211	302	230	106	61	85
<i>Spenden aus dem Unternehmensbereich</i>	403	215	110	106	46	60	60
<i>Individuelle Spenden und Sponsoren</i>	79	5	34	49	25	10	13
<i>Gemischte Finanzierung</i>	222	k.a.	22	55	40	26	10
Beiträge u. eigene Tätigkeit der NPOs	3145	1513	937	710	426	961	171
Einnahmen gesamt	6938	3433	3236	2321	967	1692	689

* Einschließlich internationaler Finanzierung – bilaterale und multilaterale Transfers

** Einschließlich internationaler Finanzierung – private Spenden und Beiträge

Quelle: Fric, P./Goulli, R. u.a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der Johns Hopkins Universität. Prag. 2001, S.180

Vgl. Sprengel, R.: Die politische Debatte bei der Reform des Spenden-, Vereins- und Stiftungsrechts in Frankreich im Vergleich zu Deutschland. In: Maecenata Aktuell. 44/2004. Berlin. 2004, S. 9-18.

²⁹⁹ Davon zeugt u.a. der jüngst vorgelegte Bericht zum deutschen Stiftungssektor: Adloff, F., Schwertmann, Ph., Sprengel, R., Strachwitz, Graf R.: Visions and Roles of Foundations in Europe. The German Report. Arbeitshefte des Maecenata Instituts, Heft 15. Berlin, 2004.

³⁰⁰ Vgl. auch Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen. 2002, S. 243-251.

³⁰¹ Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag, 2000. und Fric, P./Goulli, R. u.a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der Johns Hopkins Universität. Prag, 2001.

Unter Bezug auf die im Johns Hopkins Projekt erhobenen Daten kann festgehalten werden, dass die tschechischen Stiftungen an der Finanzierung der Organisationen des Nonprofit-Sektors und deren Tätigkeiten im Jahre 1995 mit durchschnittlich **6,21%** der ermittelten Gesamtfinanzierungskosten³⁰² beteiligt waren. Neuere Daten resp. Daten über einen Verlaufszeitraum sind aufgrund des immensen Aufwandes einer solchen Erhebung, die nur im Rahmen eines Großprojektes wie des John Hopkins Projektes bewältigt werden konnte, zwar existent, verbieten allerdings aufgrund der Unterschiedlichkeit der Erhebung einen direkten Vergleich³⁰³.

Tabelle 10: Anteil der Stiftungen an der Finanzierung der Nonprofit-Bereiche

1995	Kultur, Sport, Freizeit	Bildung und Forschung	Gesundheitswesen	Soziale Dienste	Natur und Umwelt	Kommunale Entwicklung, Wohnungswirtschaft	Zivilrechtliche Bildung und Politische Organisationen
Anteil der Stiftungen in %	2,91	6,15	9,33	9,91	10,96	3,61	12,34

Eigene Darstellung unter Verwendung der Daten des John Hopkins Projektes

Impliziert man allerdings im Verlaufszeitraum bis 2003 eine kontinuierliche Abnahme der Budgetorganisationen³⁰⁴ sowie eine zunehmende Orientierung der Beitragsorganisationen auf andere als staatliche Finanzierungsquellen, so kann man höchstwahrscheinlich eine *Progression in Bezug auf den Anteil der Stiftungen am Gesamtfinanzierungsvolumen des Nonprofit-Sektors* unterstellen.

Der im Zeitraum von 1994 bis 1997 erfolgte rapide Anstieg der untersuchten Organisationsform Stiftung (von 2444 in 1994 auf 4657 in 1997, vgl. S. 61), ein zahlenmäßiger Anstieg um ca. 90% - wird für die Prognose einer Progression durch die Tatsache nivelliert, da sich bis zum Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 227, über Stiftungen und Stiftungsfonds zum 1. Januar 1998 viele dem Nonprofit-Sektor nicht zurechenbare Organisationen als Stiftung registrieren ließen, um die im tschechischen

³⁰² Die Gesamtfinanzierungskosten beliefen sich auf ca. 19.300 Mio. Kč.

³⁰³ Die Zahlen von 1998 belegen eine Finanzierung der Nonprofit-Organisationen in Tschechien i.H.v. 12,25%. Allerdings sind in den Zahlen von 1995 die Einnahmen aus der eigenen Tätigkeit der Organisationen (přijmy z vlastní činnosti), die sich in 1995 auf ca. 40% beliefen, enthalten. Bei den Erhebungen für das Jahr 1998 wurden die Einnahmen aus eigener Tätigkeit hingegen nicht berücksichtigt.

Vgl.: Müller, J.: Das wirtschaftliche Umfeld für den zivilen Nonprofit-Sektor in der ČR. Stiftungen und Eigentum. Brunn. 2000, S. 16. und Frič, P.: Im Gespräch am 23.03.2004 in Berlin.

³⁰⁴ In einer von der Albertina income GmbH durchgeführten Erhebung mit Stand März 1997 hat sich die Zahl der Budgetorganisationen in der ČR von 1620 in 1994 auf 1057 in 1997 reduziert. Die Zahl der Beitragsorganisationen, die insbesondere die Bereiche Kultur, Gesundheitswesen und Soziale Dienste abdecken, hat sich in diesem Vergleichszeitraum von 2841 auf 2984 nur unwesentlich erhöht. Vgl. Firmenmonitor. Organisationsregister. Prag, Albertina income GmbH, Stand: März 1997. In: ICN. Antworten auf Fragen. Prag, 1997, S.22.

Einkommensteuergesetz verankerten Steuervorteile in Anspruch nehmen zu können.³⁰⁵ De facto sind über diese Organisationen keine Mittel in die Nonprofit-Bereiche geflossen. Für den monetären Beitrag der Stiftungen wird damit unterstellt, dass diese Erhöhung der Stiftungszahl irrelevant war.

Nominal haben die Stiftungen 1995 im Bereich des Gesundheitswesens 302 Mio. Kč die mit Abstand größte Summe an Grants vergeben, gefolgt von den Sozialen Diensten mit 230 Mio. Kč. Dies korrespondiert mit zeitlich später (2000-2002) erfolgten Untersuchungen des Stifterforums³⁰⁶, im Ergebnis derer sich als am häufigsten medialisierte Themen im Zusammenhang mit Stiftungen die Bereiche Gesundheit und Familienfürsorge herauskristallisiert haben (vgl. S. 127).

Diese Zahlen indizieren die Positionierung der Stiftungen als demokratiefördernde Institution in der tschechischen Transformationsgesellschaft im Sinne des in Kap. I/2. entworfenen Verständnisses von Zivilgesellschaft. Darüber hinaus korrespondieren sie mit den historischen Linien zivilgesellschaftlicher Entwicklung: Aus einem im 19. Jahrhundert sozial unspezifischem Zivilgesellschaftsbegriff entwickelte sich allmählich ein sozial expliziter Begriff, der sozialstaatlich ergänzt wurde.³⁰⁷

Weiter gefasst sind die Zahlen eine logische Konsequenz der Substitution der bis 1989 (und darüber hinaus) in Tschechien nicht existenten bürgerlichen Schicht als Träger des sozialen und monetären Kapitals einer Zivilgesellschaft.³⁰⁸

Hinsichtlich der tatsächlichen Rolle der Stiftungen als Finanzier zivilgesellschaftlichen Lebens und nichtstaatlicher Vertreter kollektiver Interessen stimmen die Zahlen optimistischer als in Deutschland, wo ein kräftig gewachsener Stiftungsbereich in den letzten 15 bis 20 Jahren staatliches Engagement in Bereichen wie Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Kultur nicht ansatzweise ersetzen kann. Der deutsche Nonprofit-Sektor wird mit weniger als 2% der Gesamteinnahmen aus Stiftungsmitteln unterstützt, hingegen zu über 65% aus staatlichen Zuwendungen.³⁰⁹ Von der Enquete-Kommission des Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wird der quantitative Beitrag der Stiftungen zur Finanzierung von Aufgaben des Gemeinwohls sogar nur auf maximal 0,3% geschätzt.³¹⁰

³⁰⁵ Gregar, A.: Im Gespräch am 08.09.1998 in Hradec Králové.

³⁰⁶ Stifterforum: Analyse der medialen Präsentation der Stiftungen auf dem Gebiet der ČR. Juni 2000 – Juli 2002. Prag. 2002, S.4.

³⁰⁷ Kocka, J.: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt. 2000, S.32.

³⁰⁸ In Deutschland war die Zivilgesellschaft in der Zeit ihres Entstehens im 18. und frühen 19. Jahrhundert an primär bürgerliche und bürgerlich-adlige Trägergruppen gebunden. Vor allem im aufsteigenden Bürgertum bestand eine Affinität zwischen dem zivilgesellschaftlichen Entwurf und seiner auf Bildung, Selbständigkeit und Leistung orientierten Lebensführung. Der Wiederaufbau von Zivilgesellschaften im Rahmen der demokratischen Konsolidierung in Mitteleuropa kann sich hingegen nicht auf eine starke bürgerliche Schicht stützen.

Kocka, J.: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt. 2000, S.30.

³⁰⁹ Anheier, H.K.: Stiftungen – Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. In: Rechts- und Staatswissenschaftliche Vereinigung e.V. (Hrsg.): Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh. 2000, S.13.

³¹⁰ Vgl.: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen. 2002, S.246.

2. Kollektive Interessen bei der Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen

2.1. Der Stiftungsinvestitionsfonds

Stiftungen können ihre finanziellen Mittel

- durch Spenden natürlicher und juristischer Personen,
- aus öffentlichen Sammlungen und Benefizaktionen,
- von anderen größeren Stiftungen oder ausländischen Stiftungen,
- aus eigener Tätigkeit in Übereinstimmung mit dem Stiftungszweck,
- aus Kapitalerträgen sowie
- aus Vermächtnissen natürlicher Personen generieren.

Eine staatliche Finanzierung der Stiftungen ist ausgeschlossen. Eine Ausnahme bildet der NIF (Nadační Investiční Fond)³¹¹, der *Stiftungsinvestitionsfonds*, der im Jahr 1991 auf Vorschlag der tschechoslowakischen Regierung gemäß § 18 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 171/1991 Sammlg., über den Nationalen Eigentumsfonds eingerichtet wurde. Der NIF, der durch den Regierungsrat für nichtstaatliche Organisationen verwaltet wird, stellt – auch im Vergleich zu anderen osteuropäischen Transformationsländern, eine Besonderheit in der Mittelgenerierung der Stiftungen dar.

In ihm wurden 1% der Aktien aus der 2. Welle der Kuponprivatisierung im Rahmen des NMF (Národní Majetkový Fond)³¹², des Nationalen Eigentumsfonds der ČR bereitgestellt, real Aktien von 485 Unternehmen mit einem nominalen Wert von ca. 94 Mio. €³¹³. Im Oktober 1995 erließ der damalige Minister für Privatisierung, Skalický, den Beschluss, die im NIF zusammengefassten Aktien zu verkaufen und auf ein Sonderkonto für Privatisierungserlöse zu transferieren. Zu diesem Zeitpunkt erwog eine Abgeordnetengruppe um Tomáš Ježek die Gründung einer Tschechischen Nationalstiftung. Entsprechend der eingebrachten Gesetzesinitiative sollte ein von den Abgeordneten wählbarer Verwaltungsrat dieser Nationalstiftung den Stiftungsinvestitionsfonds verwalten. Dies wurde allerdings von der Mehrzahl der Stiftungen abgelehnt³¹⁴, da man damit Einschränkungen in der Unabhängigkeit der Stiftungen befürchtete. In einer späteren Abstimmung wurde in Alternative zur

³¹¹ Vgl. ausführlich zum NIF und dessen Mittelvergabe in der ersten Welle: Satrapová, J.: Die Verwaltung des Eigentums der Stiftungen in der ČR. Diplomarbeit an der HS für Ökonomie in Prag. Fakultät für Finanzen und Rechnungswesen. Prag. 2000, S. 22-29.

³¹² Der Nationale Eigentumsfonds der Tschechischen Republik, der für die Stiftungen im Falle einer Zahlung aus dem NIF Vertragspartner ist, stellt seine Tätigkeit zum Jahr 2006 ein.

³¹³ Müller, J.: Das wirtschaftliche Umfeld für den zivilen Nonprofit-Sektor in der ČR. Stiftungen und Eigentum. 2000, S. 31. (Wert der Aktien in Kč: 2,8 Mrd.)

³¹⁴ Eine Ausnahme bildeten hier die Stiftung Charta 77, NROS –Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Olga-Havlova-Stiftung. Vgl.: Müller, J.: Das wirtschaftliche Umfeld für den zivilen Nonprofit-Sektor in der ČR. Stiftungen und Eigentum. Prag. 2000, S. 29.

Nationalstiftung die Entscheidung durchgesetzt, die Gelder aus dem Stiftungsinvestitionsfonds an die Stiftungen zu verteilen.

Bis September 1998 wurden Aktien von 410 Unternehmen mit einem Wert von 1,6 Milliarden Kč³¹⁵ (dies entspricht zum jetzigen Kurs ca. 53,5 Mio. €) veräußert. Die mit dem NIF verbundenen Interessenkollisionen der gesellschaftlichen Akteure postulieren sich in der Tatsache, dass der Nationale Eigentumsfonds dem Stiftungsinvestitionsfonds nur die Verkaufserlöse zuschrieb, nicht aber die Zinsen und Dividenden, die auf einige hundert Millionen Kč³¹⁶ zu beziffern sind. Dass die Ausschreibungen aus dem NIF unter den gegebenen politischen Konstellationen trotzdem gelangen, wird im Stiftungssektor positiv reflektiert:

„Gott sei dank, wurde das Geld den Stiftungen ja schon aus dem Fonds gegeben... Ich halte das für eine Art der Restitution, der Wiedergutmachung an den Stiftungen. Genau so wie im Bereich der Unternehmen und Immobilien restituiert wurde, so haben auch die Stiftungen etwas erhalten, damit der zivile Sektor arbeiten kann.“³¹⁷

In der *ersten Etappe* wurden im Mai 1998 unter der ODS-Regierung von Tošovský 500 Mio. Kč ausgeschrieben. Die Auszahlung von insgesamt ca. 484 Mio. Kč wurde im Sommer 1999 unter der sozialdemokratischen Regierung Zeman (ČSSD) an 39 Stiftungen³¹⁸ realisiert. Bis zur ersten Auszahlung brachte die Verwaltung der NIF-Mittel Verluste aus Kursschwankungen von ca. 270 Mio. Kč³¹⁹ (ca. 9 Mio. €) ein. Die ausgezahlten Mittel sollten vorwiegend für die Erhöhung des Stiftungskapitals (langfristige Absicherung des Stiftungswesens) bei Stiftungen im humanitären, sozialen, kulturellen und in den Bereichen Bildung, Umwelt und Gesundheit, die sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf regionaler Ebene agieren, eingesetzt werden. Dieser Schritt erfolgte mit großem Zögern nach fast siebenjährigem Abwägen und war unter den Abgeordneten nicht unumstritten.

Die Kriterien für die Verteilung der Mittel wurden vom RNNO (Rada vlády pro nestátní neziskové organizace), Regierungsrat für nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen³²⁰, dem die Verwaltung des NIF obliegt, festgelegt.

³¹⁵ Vgl.: Müller, J.: Die Kapitalisierung der tschechischen Stiftungen. Prag. 2002, S. 8.

³¹⁶ Vgl.:a.a.O., S. 8.

³¹⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Božena Jírků am 01.12.2002 in Prag.

³¹⁸ Satrapová, J.: Die Verwaltung des Eigentums der Stiftungen in der ČR. Diplomarbeit. Prag. 2000, S. 23f.

Die Quelle http://wtd.vlada.cz/files/rvk/rnno/nif_tabulka.pdf führt hingegen 38 Stiftungen mit einem Auszahlungsbetrag i.H.v. 483,796 Mio. Kč auf.

³¹⁹ Müller, J.: Das wirtschaftliche Umfeld für den zivilen Nonprofit-Sektor in der ČR. Prag. 2000, S. 31.

³²⁰ Der Regierungsrat ist Bestandteil der zentralen Regierungsorgane der tschechischen staatlichen Verwaltung. Insgesamt gibt es derzeit 11 Regierungsräte, z.B. den Regierungsrat für nachhaltige Entwicklung, den Sicherheitsrat, den Rat für Wirtschafts- und Sozialverträge sowie eine Kommission und einen Ausschuss. Vgl.: <http://wtd.vlada.cz/pages/urad.htm>.

„Nach der ersten Wahlperiode wurde der Regierungsrat für Stiftungen eingerichtet, der unter der ersten Klaus-Regierung nicht aufgelöst wurde, aber auch nie zusammentrat. Jetzt tritt er regelmäßig zusammen, wurde umbenannt in den Regierungsrat für nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen (RNNO). D.h. das jetzt der Blick von den Stiftungen auf den gesamten NPS erweitert ist. Es ist ein Regierungsorgan, dessen Zusammensetzung von der Regierung bestimmt wird.“³²¹

Für den Erhalt der NIF-Gelder mussten die Stiftungen nach diesen Kriterien bereits zwei Jahre bestehen und in 1996 und 1997 jährlich mindestens 500.000 Kč für gemeinnützige Tätigkeiten aufgewandt haben. Des Weiteren waren die geprüften Jahresberichte, die Vergabe-Richtlinien, das Stiftungsstatut und der Auszug aus dem Stiftungsregister vorzulegen.³²² Dies traf nicht auf allgemeine Zustimmung im Stiftungssektor, und Meinungsverschiedenheiten fanden sofort ihr Echo im Parlament. Daher bildeten die im Stifterforum (Fórum dárců; vgl. Kap. V/4.1.) organisierten Stiftungen³²³ eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, den Gesetzesentwurf zur Verteilung der NIF-Mittel so zu verabschieden, wie er vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde. Die Arbeitsgruppe war vier Monate aktiv, einer ihrer Mitglieder beschreibt die Tätigkeit als ein Vertrautmachen mit dem parlamentarischen Leben und gleichzeitig ein Vermitteln von Informationen über den NIF an die Parlamentarier in einem sehr kurzen Zeitintervall. Weiterhin mussten geeignete Personen aus dem Spektrum der im Parlament vertretenen politischen Parteien angesprochen werden, bei einigen Parteien wurde mit den Vorsitzenden der Fraktionen verhandelt, um das gewünschte Abstimmungsergebnis zu erzielen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sprachen Abgeordnete auch direkt an, gaben allgemeine kurze Informationen über den NIF und verifizierten ihre Standpunkte. Es stellte sich heraus, dass die Chancen besser für die Verabschiedung des Gesetzes über den NIF standen, wenn die Abgeordneten in den Regionen, in ihren direkten Wahlkreisen kontaktiert wurden. Die Unterstützung für den NIF nahm mit zunehmender Entfernung von Prag ebenfalls zu.³²⁴ Insbesondere regional agierende Stiftungen versprachen sich von dem Gesetz offensichtlich einen finanziellen Zufluss in ihr Stiftungskapital.

Eine entscheidende normative Voraussetzung für die Verabschiedung des vorgelegten Gesetzesentwurfes zur Verteilung der NIF-Mittel wurde mit dem Gesetz Nr. 227/1997 Sammlg., über Stiftungen und Stiftungsfonds, das zum 1. Januar 1998 in Kraft trat, geschaffen. Dieses Gesetz verpflichtete die Stiftungen zur Neuregistrierung bei den Kreisämtern.

³²¹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Pavol Frič am 26.11.2002 in Prag.

³²² Vgl.: Müller, J.: Die Kapitalisierung der tschechischen Stiftungen. Prag. 2002, S. 10.

³²³ Stifterforum: Stiftungsverzeichnis der Tschechischen Republik. Prag, 2001.

³²⁴ Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik. (Gespräche über den Nonprofit-Sektor II). Prag. 2000, S.73.

„Ein gutes Ergebnis des Stiftungsgesetzes war die Liquidierung einer Vielzahl von Stiftungen, ... somit wurde das Umfeld gesäubert, in das dann die NIF-Mittel gelangen konnten. Gerade dieses Gesetz lieferte ein Argument dafür, dass die NIF-Mittel nicht verloren gehen, dass sie bei den Stiftungen sicher sind.“³²⁵

Der Entwurf zur Verteilung der verbliebenen NIF-Mittel sollte dem Abgeordnetenhaus bis zum 30.09.1999 vorgelegt werden. Die Abgeordneten forderten zudem, dass an der zweiten Etappe mehr Stiftungen teilnehmen, insbesondere kleinere und regionale Stiftungen.

Die *zweite Etappe* begann schließlich im Dezember 1999 mit der Verabschiedung des Regierungsentwurfs zur Verteilung weiterer Mittel aus dem Aktienverkauf – 845 Mio. Kč (vgl. Anhang F). Dabei wurde auch die operative Tätigkeit der Stiftungen berücksichtigt, indem die Stiftungen bis zu 15% der erhaltenen Mittel für Ausschreibungen verwenden konnten³²⁶ und nur 85% der erhaltenen Summe bestimmungsgemäß ins Stiftungskapital überführen mussten. Insgesamt erhielten in der zweiten Etappe 64 Stiftungen mit einem Gesamtbetrag i.H.v. 851,9 Mio. Kč³²⁷ finanzielle Unterstützung. Der ursprünglichen Forderung der Parlamentarier, insbesondere regionale Stiftungen zu bedenken, wurde nicht entsprochen: Im Gegenteil: Während in der ersten Etappe die regionalen Stiftungen einen prozentualen Anteil von 55% stellten, waren es in der zweiten Etappe nur noch 50%.

Der Einfluss der Gruppen, die sich für das Gesetz der Verteilung der NIF-Mittel stark gemacht haben, ist somit in dem kurzen Zeitintervall zwischen erster und zweiter Etappe der Verteilung der NIF-Gelder zurückgegangen.

Eine Prüfung, welche Interessengruppen sich im Gegenzug durchgesetzt haben, lässt auf empirischer Basis keine spezielle Systematik erkennen, die Rückschlüsse erlauben würde. Es wurden alle Tätigkeitsbereiche des Nonprofit-Sektors bedacht: Vom sozialen und humanitären Bereich, über Bildung, Kultur, Sport und Umwelt bis hin zur strukturellen Entwicklung des Nonprofit-Sektors und Demokratieförderung.

Es lässt sich folgender Befund festhalten: Erstens haben generell die Stiftungen mit hohem ausländischen Finanzierungsanteil (sowohl europäischem als auch amerikanischen) und die inländischen Stiftungen mit den höchsten Akzeptanzwerten in der Öffentlichkeit sowie inländische Kulturstiftungen nominal am meisten von der Zuteilung der NIF-Gelder profitiert. Zweitens war die Mitgliedschaft im Dachverband der Stiftungen, im Stifterforum, keine notwendige Voraussetzung für den Erhalt der NIF-Mittel. Die Stiftung des ehemaligen Präsidenten Václav Havel *VIZE 97* hat für ihre Tätigkeit im sozialen und humanitären Bereich

³²⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

³²⁶ Diese Möglichkeit nutzten 19 Stiftungen, indem sie Grants i.H.v. 39 Mio. Kč aus dem NIF ausschrieben.

Vgl.: Müller, J.: Die Kapitalisierung der tschechischen Stiftungen. Prag. 2002, S.13.

³²⁷ http://wtd.vlada.cz/files/rvk/rnno/nif_tabulka.pdf

Durchschnittlich wurden in der zweiten Etappe an 32 regionale und 32 in Prag ansässige Stiftungen 13,3 Mio. Kč aus dem NIF ausgezahlt. In der ersten Etappe lag der Durchschnitt bei 12,7 Mio. Kč.

in der zweiten Etappe ca. 18 Mio. Kč erhalten, die Stiftung der Fußball-Internationalisten in der ersten Etappe ca. 2,3 Mio und in der zweiten Etappe ca. 11,6 Mio. Kč.

Die erste empirische Evidenz lässt die Vermutung zu, dass der für die Verteilung der Gelder zuständige Rat für nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen (RNNO) zwei Ziele verfolgte. Zum einen sollten die in den letzten zehn Jahren vor allem im strukturellen Bereich der Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie tätigen Stiftungen für die nahe Zukunft des EU-Beitritts ausgerüstet werden, in der die ausländischen Fördergelder nicht mehr in dem Umfang und über die jetzigen Kanäle fließen würden. Andererseits schafft die Förderung der in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Kultur tätigen und von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommenen und akzeptierten Stiftungen eine Grundlage für den Rückzug staatlicher Institutionen aus diesen Bereichen. Ob dieser Rückzug angesichts der etatistischen Tradition in Tschechien nun auch endgültig und in aller Konsequenz vollzogen wird, ist nicht zu beurteilen. Wahrscheinlicher ist hier eine Koexistenz nichtstaatlicher Nonprofit-Organisationen neben den staatlich gesteuerten Nonprofit-Organisationen, den sogenannten Beitragsorganisationen (příspěvkové organizace).

Die zweite empirische Evidenz spiegelt die Durchsetzung einzelner Partikularinteressen mit politischem Einfluss und dem entsprechenden Know-how wider. Diese Interessen werden vehement im Parlament durchgesetzt. Die Einschätzung der Leiterin des Regierungsrates für nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen dokumentiert dies:

„Es gibt einige Stiftungen, die von Politikern gegründet wurden, vor allem von tschechischen Parlamentariern – diese Stiftungen sind in erster Linie im Sport angesiedelt, oder es handelt sich um eine lokale Stiftung. Die Interessen dieser Stiftungen werden von ihren Gründern vehement auf politischem Boden durchgesetzt, z.B. der NIF...“³²⁸

Stellt man die I. Etappe der Zahlungen aus dem Stiftungsinvestitionsfonds der zwei Jahre danach folgenden II. Etappe gegenüber, so lässt sich folgendes festhalten:

Während sich in der I. Etappe an der Ausschreibung noch Stiftungen beteiligen konnten, die selbst keine Grants vergaben, sondern allein operativ im gemeinnützigen Bereich tätig waren, wurden diese von der II. Etappe ausgeschlossen. Dank der Absenkung des Mindestbetrages der Grant-Vergabe auf 100.000 Kč konnten sich mehr kleinere Stiftungen an der Ausschreibung beteiligen. Stiftungen mit regionalem Tätigkeitsschwerpunkt profitierten insbesondere von der zweiten Etappe. Bei den Vergabekriterien überwogen in der II. Etappe im Gegensatz zur I. Etappe objektive Kriterien aus den Rechenschaftsberichten und Jahresabschlüssen der Stiftungen.

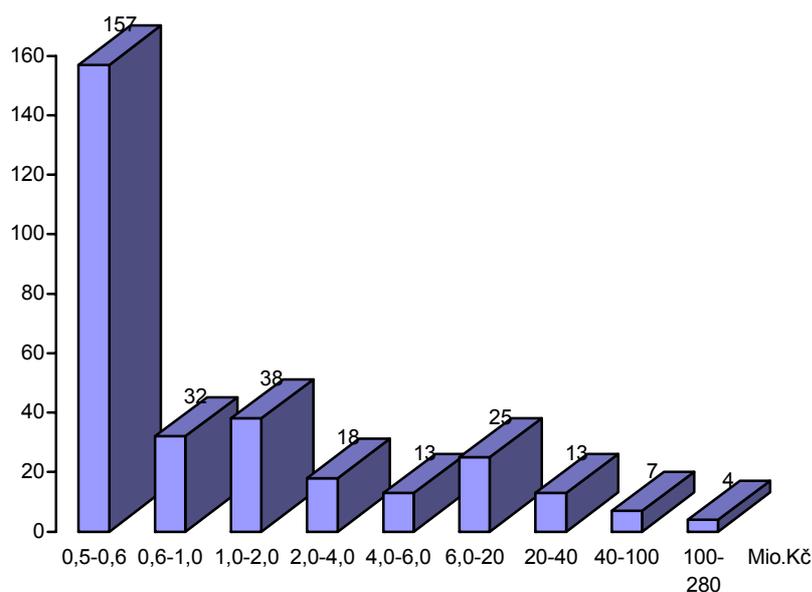
³²⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview (schriftlich) mit Dr. Hana Frištěnská am 07.01.2003.

Des Weiteren ist in der politischen Anbindung ein Unterschied zwischen der ersten und zweiten Etappe zu verifizieren. Die Basis der politischen Akzeptanz des Gesetzes und die Chancen auf seine zügige Verabschiedung erhöhten sich durch die Beteiligung der Mitglieder des Haushaltsausschusses im Parlament³²⁹ an der Ausarbeitung der Vergabekriterien der zweiten Etappe.

Die Eigentumsstruktur der tschechischen Stiftungen

Die Verteilung des Eigentums der tschechischen Stiftungen ist sehr inhomogen: Die Mehrzahl der Stiftungen verfügt nur über das Mindestkapital von 500.000 Kč. Vier Stiftungen heben sich mit einem Stiftungskapital zwischen 100 Mio. und 280 Mio. Kč ab. Gleichzeitig verfügen sie über 41% des Gesamtkapitals aller tschechischen Stiftungen.

Übersicht 8: Verteilung des Stiftungskapitals in Mio. Kč auf die tschechischen Stiftungen



Quelle: Stifterforum, Stiftungsdatenbank, Februar 2001. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 6/2001, Beilage II.

Konsolidiertes Stiftungskapital ermöglicht der Stiftung eine langfristige Planung, eigenbestimmte Zielformulierung, erhöht das Vertrauen seitens der Öffentlichkeit und der Spender³³⁰ in die Stiftung.

Eine empirische Erhebung zu den Auswirkungen des NIF auf die Konsolidierung des Stiftungskapitals tschechischer Stiftungen gibt folgendes Bild: Das Stiftungskapital der bis

³²⁹ Müller, J.: Die Kapitalisierung der tschechischen Stiftungen. Prag. 2002, S.17.

³³⁰ Müller, J.: Das wirtschaftliche Umfeld für den zivilen Nonprofit-Sektor in der ČR. Prag. 2000, S. 27.

Februar 2002 registrierten 309 Stiftungen betrug 2,2 Mio Kč. Bis Mai 2002 wuchs das gesamte Stiftungskapital um 151 Mio. resp. 6,23 % auf 2.425 Mio Kč.

Dieser Anstieg setzt sich wie folgt zusammen:³³¹

- Stiftungskapital der im Vergleichszeitraum neu registrierten Stiftungen: 28 Mio Kč (1,1%),
- Erhöhung des Stiftungskapitals um die Beträge aus der Zuteilung der II. Etappe des NIF: 70 Mio Kč (2,9%) – unvollständig, da zu diesem Zeitpunkt erst 5 Stiftungen ihre Erhöhung aus der II. Etappe registriert hatten,
- Erhöhung des Stiftungskapitals um 53 Mio Kč (2,2%) aus anderen Quellen von 10 Stiftungen.

Tabelle 11: Anstieg des Stiftungskapitals

	<i>Registriertes Stiftungskapital in Mio. Kč</i>	<i>Anzahl der Stiftungen</i>
2/2001	2.274	309
5/2002	2.425	338

Quelle: Stifterforum: Informationen zum Stiftungssektor in der ČR. Materialien der II. Gesamtstaatlichen Stiftungskonferenz in der ČR. Prag, 30.September bis 1.Oktober 2002, S.3.

Darüber hinaus liegt die Vermutung nahe, dass es eine Interdependenz zwischen den Auszahlungen aus dem NIF an die Stiftungen und deren gestiegener Rolle bei der Finanzierung von gesellschaftlicher Aufgaben gibt (vgl.Kap. V/1.). Den quantitativen Beitrag der Stiftungen, der im Rahmen des NIF erbracht wurde, verdeutlichen nachstehende Beispiele.³³²

Tabelle 12: Grants aus NIF-Erträgen:

Beispiel: Jan-Hus-Stiftung

	<i>Anzahl der Grants insgesamt</i>	<i>Höhe in Kč (davon aus dem NIF)</i>	<i>Förderbereich</i>
Jan-Hus-Stiftung 2001	42	3 238 797 (1 066 370)	Bildung und Erziehung
	2	100 000	Entwicklung der Zivilgesellschaft
Jan-Hus-Stiftung 2002	31	3 294 556 (1 126 565)	Bildung und Erziehung

Quelle: Schriftliche Befragung zu den Grants der Jan-Hus-Stiftung vom 3.12.2003.

³³¹ Stifterforum: Informationen zum Stiftungssektor in der ČR. Materialien der II. Gesamtstaatlichen Stiftungskonferenz in der ČR. Prag, 30.September bis 1.Oktober 2002, S.3.

³³² In den Beispielen sind nur die Jahre enthalten, in denen Grants aus NIF-Erträgen oder NIF-Mittel (II.Etappe) flossen.

Tabelle 13: Grants aus NIF-Erträgen:

Beispiel: Stiftung PRECIOSA

	Anzahl der Grants insgesamt	Höhe in Kč (davon aus dem NIF)	Förderbereich
Stiftung PRECIOSA 2000	1	1 000 000	Soziales und Gesundheit
Stiftung PRECIOSA 2001	1	1 102 000	Soziales und Gesundheit
Stiftung PRECIOSA 2002	2	992 000 853 000	Soziales und Gesundheit Bildung

Quelle: Schriftliche Befragung zu den Grants der Stiftung Preciosa vom 15.03.2004.

Tabelle 15: Grants aus NIF-Erträgen:

Beispiel: Stiftung ICN

	Anzahl der Grants insgesamt	Höhe in Kč (davon aus dem NIF)	Förderbereich
Stiftung ICN 2000	8	100 000 (37 000)	Entwicklung der NPOs
Stiftung ICN 2001	10	307 000 (257 000)	Zusammenarbeit der NPOs und Publikationen
Stiftung ICN 2002	11	280 000 (280 000)	Zusammenarbeit der NPOs und Kooperation mit der Öffentlichen Verwaltung
Stiftung ICN 2003	13	252 000 (252 000)	Zusammenarbeit der NPOs und Kooperation mit der Öffentlichen Verwaltung

Quelle: Schriftliche Befragung zu den Grants der Stiftung ICN vom 3.12.2003.

Stiftungen, die nach dem neuen Stiftungsgesetz registriert wurden, aber die Bedingungen für den Erhalt von NIF-Mitteln nicht erfüllen konnten, z.B. aufgrund ihrer „späten“ Gründung in den Jahren nach 1996, blieb diese Form der Stärkung ihres Stiftungskapitals (Etappe I) oder gar der finanziellen Absicherung eines Teils der operativen Tätigkeit (Etappe II) versagt. Ein Beispiel hierfür ist die Stiftung Renaissance 21.

„Bis jetzt arbeiteten wir mit sehr begrenzten Mitteln von Privatpenden, aus denen wir unsere Projekte finanzierten.“³³³

³³³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Schriftliche Befragung zu den Grants der Stiftung Renaissance 21 vom 15.03.2004.

Für die erstmalige Ausschreibung eigener Grants seit ihrer Gründung erhielt die in Nordböhmen ansässige Stiftung für 2004³³⁴ Unterstützung von der Jan-Hus-Stiftung und der Stiftung Partnerství, die sich mit dieser Grant-Vergabe um die Stärkung der Stiftungsstrukturen im Land, die in diesem Landesteil im Vergleich zu Südböhmen, Mähren und Prag (vgl. Tabelle 8) ohnehin weniger entwickelt sind, bemühen.

2.2. Steuerassignation

Eine weitere Möglichkeit der Konsolidierung zivilgesellschaftlicher Strukturen stellt die Steuerassignation³³⁵ an Nonprofit-Organisationen dar. Für die tschechischen Nonprofit-Organisationen ist die Generierung eigener, landesinterner finanzieller Mittel für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben essentiell: Das PHARE-Programm für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Tschechien lief in 2003 aus, der Central Eastern Europe – TRUST (vgl. Kap. V/4.2.) hat in 2002 letztmalig für die tschechischen Nonprofit-Organisationen finanzielle Mittel i.H.v. 3 Mio. USD für die Programmphase bis 2005³³⁶ zur Verfügung gestellt und auch innerstaatlich werden die Zuschüsse aus dem Haushalt zusammengestrichen.

„...angesichts der Tatsache, dass die tschechische Regierung in den nächsten Jahren die zweckgebundenen Ausgaben im Haushalt reduziert, wird sie auch die Zuschüsse für die NPO's zusammenstreichen. Und wir werden dafür etwas anbieten müssen.“³³⁷

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit der Verteilung der NIF-Mittel (vgl. Kap. V/2.1.) unternommen.

Der zur Regierung der Tschechischen Republik gehörige Rat für Nonprofit-Organisationen (RNNO) trifft derzeit in Zusammenarbeit mit dem Stifterforum (Kap. V/4.1.) die Vorbereitungen für einen zweiten wichtigen Schritt: Der Steuerassignation, deren Umsetzung in einer Art und Weise erfolgen soll, wie sie sich bereits bei der Verabschiedung der Gesetzesvorlage zum Stiftungsinvestitionsfonds bewährt hat.

³³⁴ Das Grant-Programm der in den an Deutschland grenzenden Gebieten Karlovy Vary und Ústí nad Labem tätigen Stiftung Renaissance 21 beläuft sich in 2004 auf 350000 Kč. Folgende Projekte sind vorgesehen: Förderung der internationale Zusammenarbeit der regionalen nichtstaatlichen NPOs, gemeinsame Projekte der NPOs mit Schulen in den Bereichen Denkmalpflege und Umwelt sowie eine Publikation über Norwestböhmen. Vgl. Schriftliche Befragung zu den Grants der Stiftung Renaissance 21 vom 15.03.2004.

³³⁵ Die Steuerassignation (Danová assignace) wird in der Literatur auch unter Percentage-Law beschrieben. Vgl. Schwertmann, Ph.: Percentage Law in Mittel- und Osteuropa. In: Maecenata aktuell. 44/2004. Berlin. 2004, S. 42-44.

³³⁶ Pressekonferenz zur Vorstellung des CEE-Trust-Programms 2002-2005 in der ČR am 28.11.2002 in Prag. Aus diesen Mitteln wird auch das Programm des Stifterforums zur „Schaffung eines günstigen legislativen und steuerlichen Umfelds“ für den Nonprofit-Sektor finanziert.

³³⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Pavlína Kalousová am 29.11.2002 in Prag.

Mit einer Steuerassignment i.H.v. einem Prozent, der Abführung von einem Prozent der jährlich zu entrichtenden Einkommensteuer an eine selbsterwählte Nonprofit-Organisation würde Tschechien kein Neuland beschreiten. Das ungarische Steuerrecht³³⁸ sieht diese Möglichkeit bereits seit 1996 vor; in der Slowakei gibt es dieses Optionsrecht zugunsten der Nonprofit-Organisationen seit dem 1. Januar 2002. In Litauen besteht für die Periode ab 2002 ebenfalls die Möglichkeit, max. 2% der Einkommensteuer mehreren Nonprofit-Organisationen zuzuwenden³³⁹. In Polen gab es im Dezember 2001 einen entsprechenden Regierungsentwurf.

Der erstmals im Februar 2001 dem Parlament der Tschechischen Republik vorgelegte Gesetzesentwurf über die Bestimmung eines Teils der Einkommensteuer natürlicher Personen für gemeinnützige Ziele – allerdings in Form einer 7%-igen Assignment – wurde abgelehnt. Im Vorfeld fand weder in Fachkreisen noch in der Öffentlichkeit eine Debatte statt. Erst in den letzten zwei Jahren wird die Möglichkeit einer Steuerassignment immer häufiger – mit in Fachkreisen konträren Auffassungen - diskutiert. So spricht sich Jiří Müller, ein ausgewiesener tschechischer Experte für den Nonprofit-Bereich, eindeutig für die Einführung einer Assignment zugunsten der NPOs aus.³⁴⁰

Eine gegenteilige Position sieht die Assignment als „fremdes Element in der Steuergesetzgebung“³⁴¹. Mit dieser Begründung wurde auch der erste Gesetzesentwurf in Tschechien abgelehnt. Insbesondere werden ökonomische Gründe angeführt: Zum einen könnte ein unzulänglicher Informationsgrad der Steuerzahler über die Tätigkeit der NPOs eine ineffiziente Allokation der durch die Steuerassignment gewonnenen finanziellen Mittel mit sich bringen. Der Bürger unterläge dem durch die Medien vermittelten Druck der starken, großen NPOs; kleinere NPOs würden somit ins Hintertreffen geraten. Ein weiteres Argument glauben die Gegner der Steuerassignment mit der derzeitigen Gesetzgebung in der EU in der Hand zu haben. Diese steht im Trend der Verringerung der direkten Besteuerung und der Erhöhung der indirekten Steuern, der Verbrauchsteuern. Des weiteren würde vor dem Hintergrund der Gesetzgebung in der EU, die tendenziell zugunsten der Verringerung der

³³⁸ Seit 1996 besteht in Ungarn die Möglichkeit, nichtkirchlichen Organisationen (mit Ausnahme politischer Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände) 1% der Einkommensteuer zu assignieren. Seit 1997 kann ein weiteres Prozent durch den Steuerpflichtigen kirchlichen Organisationen zugewiesen werden. Hierbei muss es sich um eine registrierte Kirche oder Glaubensvereinigung handeln. Das „kirchliche“ Prozent kann auch zugunsten eines Sonderfonds, über dessen Verwendung jährlich das ungarische Parlament entscheidet, assigniert werden.

³³⁹ In Litauen regelt ein spezielles Gesetz, das „Charitas-Gesetz“, das Verfahren der Assignment. Nonprofit-Organisationen können nicht automatisch Zuschüsse von der Einkommensteuer der Bürger erhalten. Sie müssen ihr Interesse an Zuschüssen aus der Assignment dem sie führenden Register kundtun.

Vgl.: <http://www.donorsforum.cz/index.php?id=22> vom 07.01.2004

³⁴⁰ Vgl.: Müller, J.: Was bringt das Assignmentsgesetz. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 5/2003, S.4.

³⁴¹ Vgl.: Škarabelová, S.: Einprozentige Steuerassignment. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 3/2003, S.4 f. Škarabelová ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fakultät für Wirtschaft und Verwaltung der Masaryk-Universität Brunn.

direkten Besteuerung eine Anhebung der indirekten Steuern verfolgt, eine Steuerassignment das Einkommensteuerrecht nur verkomplizieren.

Ein weiteres Argument ist der Verlust der Steuergerechtigkeit: Ein Steuerzahler, der das Recht auf Assignment in Anspruch nimmt, führt so bei gleichem zu versteuernden Einkommen weniger Steuern in die Staatskasse ab als ein Steuerzahler, der von diesem Recht nie Gebrauch macht. Er würde somit zur Finanzierung kollektiver Aufgaben stärker herangezogen werden als der Steuerzahler, der ein Prozent seiner Einkommensteuer an eine individuell ausgewählte Nonprofit-Organisation transferiert.

Eine direkte Verteilung der Mittel an Nonprofit-Organisationen, die in der Verantwortung eines jeden Bürgers liegt, würde aber für ihn die Transparenz der Verteilung der Mittel aus dem Staatshaushalt³⁴² erhöhen und sein Verantwortungsbewusstsein stärken. Mit seinem Interesse an einem sinnvollen und zielgerichteten Einsatz seiner Gelder entstünde ein zusätzlicher Kontrollmechanismus in den Nonprofit-Organisationen mit einem „Gewinn“, der nicht nur in der Höhe des finanziellen Ertrags messbar wäre:

„Viel wichtiger ist der neue Entscheidungsmechanismus, den die Steuerassignment mit sich bringt...Der wesentliche „Ertrag“ der Steuerassignment ist ... die breite Bürgerbeteiligung an der Finanzierung der Nonprofit-Organisationen.“³⁴³

Insofern ist die Einführung der Steuerassignment in Tschechien eine politische Diskussion, in der die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen einer demokratischen Gesellschaft im Mittelpunkt steht. In dieser politischen Debatte gilt es, nachvollziehbare, transparente Kriterien für die Assignment an die Organisationen zu verifizieren, die in den Gesetzestext einfließen können.

Der ehemalige tschechische Finanzminister Ivan Pilip sieht in der Einführung der Steuerassignment durchaus Vorteile:

„Wir halten den Vorschlag zur Steuerassignment für nützlich, weil damit die Bürokratie bei der Umverteilung eines bestimmten Steueranteils abgebaut werden könnte und die Menschen die Möglichkeit erhielten, die Verwendung des Geldes, das sie den öffentlichen Haushalten beisteuern, zu beeinflussen.“³⁴⁴

Die Einführung der einprozentigen Steuerassignment in Tschechien als dem letzten der vier Vyšehrad-Staaten ist nun im zweiten Anlauf zum 1. Januar 2005 geplant (vgl. Anhang G –

³⁴² Auch die ungarische Legislative sieht die Steuerassignment als direkt gewährten staatlichen Zuschuss an die jeweilige Organisation, der von den Finanzämtern kontrolliert wird.

³⁴³ Übersetzung aus dem Tschechischen. Müller, J.: Die Menschen bringen kein „Opfer“. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 5/2003, S.6.

³⁴⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen : Kopecký: Unie navrhla danová asignace. Hospodářské noviny vom 19.12.2001. In: Müller, J.: Die Menschen bringen kein „Opfer“. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 5/2003, S.7.

Sachzielentwurf zum Gesetz über die Steuerassignment). Die Erfahrungen der anderen Länder zeigen eine durchaus positive Replik. Im ersten Jahr der Gesetzesnovelle nutzten in Ungarn 30% der Steuerzahler die Möglichkeit zur Assignment und stellten den NPOs auf diese Weise 10 Mio. USD zur Verfügung. Im Jahr 2000 nahmen bereits 40% der Steuerpflichtigen ihr Assignationsrecht wahr.³⁴⁵ In der Slowakei nutzten im Jahr der Einführung (2002) ca. 326.000 Slowaken ihr Assignationsrecht. Über 4.000 registrierte NPOs erhielten somit ca. 2,3 Mio. €. ³⁴⁶

2.3. Wahrnehmung kollektiver Interessen durch Stiftungen

Die staatlichen Interessen bei der Herausbildung von Stiftungsstrukturen sind ambivalent: Einerseits ist man an einer Konsolidierung der gesellschaftlichen Strukturen über Stiftungen auf nichtstaatlicher Ebene interessiert, um Kosten im Haushalt zu sparen, die Effizienz zu steigern und eine gewisse Wohlfahrtsstaatlichkeit umzusetzen. Andererseits möchte der Staat resp. seine mit den Erfahrungen aus der totalitären Zeit ausgestatteten Staatsdiener die bisherigen Kontrollmöglichkeiten anderer Bereiche nicht aufgeben und sich ein bestimmtes Maß an Direktionismus erhalten. Auf diesem Aktionsfeld bewegen sich die Stiftungen, von denen viele gerade im sozialen Bereich großes Engagement zeigen, das von der Öffentlichkeit entsprechend honoriert wird (vgl. Kap. V/3.).

Ziel der Stiftungen ist es, durch die Vergabe von Grants (granty), die zivilgesellschaftlichen Institutionen finanziell zu unterstützen und auf diesem Wege einen Beitrag zur Finanzierung von Aufgaben des Gemeinwohls zu leisten. Dies kann auf verschiedenen Wegen erfolgen:

- Direkte Unterstützung durch Zuflüsse in das Stiftungskapital anderer Stiftungen zur langfristigen Absicherung der Existenz der Stiftung
- Unterstützung konkreter Projekte einzelner NPOs, Stiftungen oder Privatpersonen in Form von finanziellen und dinglichen Zuwendungen
- Zur Umsetzung von Ambitionen bestimmter Interessengruppen und/oder zur Befriedigung individueller Bedürfnisse

Neben der *Offenen Ausschreibung*, an der sich jede natürliche oder juristische Person, die die vorgegebenen Kriterien erfüllt, beteiligen kann, kennt das tschechische Stiftungsrecht

³⁴⁵ Vgl.: <http://www.donorsforum.cz/index.php?id=21> vom 06.01.2004. und Müller, J.: Die Menschen bringen kein Opfer“. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 5/2003, S.7.

³⁴⁶ Vgl.: <http://www.efc.be/cgi-bin/articlepublisher.pl?filename=MM-SE-01-03-1.html> vom 06.01.2004

ebenso die *direkte Vergabe*, in der sich die Stiftung den Empfänger des Grants selbst auswählt und anspricht.³⁴⁷

Positive Effekte lassen sich erwarten, wenn die Vorstellungen des Stifters oder Einzelspenders mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedürfnissen im gegebenen Bereich übereinstimmen.

*Tabelle 15: Adressaten der Förderung durch Stiftungen
1997-2000*

<i>Rechtsform</i>	<i>Anzahl der Grants</i>
Zivile Vereinigung	129
Gemeinnützige Gesellschaft	117
Stiftung, Stiftungsfonds	89
Kirchliche Zweckverbände	82
Natürliche Personen	138
Staatliche, örtliche Institutionen	108
Beitragsorganisationen	105

Quelle: Stifterforum: Informationen zum Stiftungssektor in der ČR. Materialien der II. Gesamtstaatlichen Stiftungskonferenz in der ČR, S.5.

Unter Grants, den „Stiftungsbeiträgen“ (nadační příspěvek) werden im tschechischen Kontext alle Leistungen verstanden, die einer dritten Personen in Übereinstimmung mit dem Stiftungszweck gewährt werden. Ein Stiftungsbeitrag kann in finanzieller Form oder als Sachleistung erfolgen (vgl. Anhang C, § 2(4) des Gesetzes über Stiftungen und Stiftungsfonds). Die vorstehende Tabelle gibt eine Vorstellung über die Anzahl der gewährten Stiftungsbeiträge in den Jahren 1997-2000 durch die Stiftungen, die im Stifterforum organisiert sind.

Empfänger von Stiftungszuwendungen sind am häufigsten natürliche Personen, die auf diesem Weg soziale Unterstützung oder Unterstützung zum Umgang mit ihrer Behinderung erhalten. Ihnen folgen an zweiter Stelle andere Nonprofit-Organisationen, Zivile Vereinigungen, Gemeinnützige Gesellschaften, Stiftungsfonds sowie kirchliche Einrichtungen.

Von den derzeit in Tschechien ca. 310 Stiftungen arbeiten 142 auf gesamtstaatlicher Ebene. 78 Stiftungen sind mit regionalem Tätigkeitsschwerpunkt auf der Gebietsebene registriert, auf der Gemeindeebene – 97.

³⁴⁷ Hurytová, I.: Die Grantvergabe. Der Prozess der Gewährung von Stiftungsbeiträgen. Brünn. 2001, S.10.

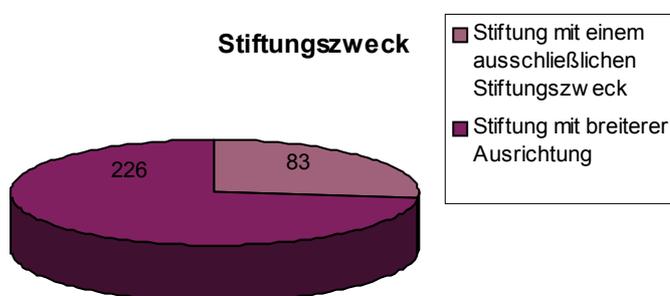
Tabelle 16: Territorialer Tätigkeitsschwerpunkt der Stiftungen

Stiftungstätigkeit	Anzahl der Stiftungen	%
Örtlich	97	25,9
Regional	78	20,8
gesamtstaatlich	142	37,9
international	58	15,4

Quelle: Stifterforum: Informationen zum Stiftungssektor in der ČR. Materialien der II. Gesamtstaatlichen Stiftungskonferenz in der ČR. Prag, 30.September bis 1.Oktober 2002, S.4.

Zur Unterstützung eines ausschließlichen Stiftungszwecks, z.B. eines Krankenhauses, Museums oder einer Schule wurden 83 Stiftungen in Tschechien eingerichtet.

Übersicht 9: Stiftungszweck



Die programmatische Ausrichtung der Stiftungen soll nachstehende Tabelle veranschaulichen. Es wird deutlich, dass die Stiftungen in aller Regel mehrere programmatische Schwerpunkte verfolgen, insbesondere bei den Nennungen in den Bereichen zu Punkt 7, 9 und 10. Die häufigsten Nennungen fallen auf die Bereiche Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit.

Menschenrechte, Umweltschutz sowie die Entwicklung des Nonprofit-Sektors stehen im programmatischen Interessenfeld von verhältnismäßig wenig Stiftungen. Insgesamt beschäftigen sich nach eigenen Angaben im Fragebogen 19 Stiftungen mit der Entwicklung des Nonprofit-Sektors und der Vertiefung demokratischer Strukturen (vgl. Anhang E).

Besonders aktiv sind hier

- die Kommunale Stiftung Ústí nad Labem (Komunitní nadace Ústí nad Labem),
- der Open Society Fund Praha (OSF),
- die Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (Nadace rozvoje občanské společnosti NROS),

- die Stiftung VIA für örtliche Initiativen (Nadace VIA pro místní iniciativy) und
- die Olga-Havlova-Stiftung (Výbor dobré vůle – Nadace Olgy Havlové).

Tabelle 17: Programmatistische Ausrichtung der Stiftungen in der Tschechischen Republik

	Bereich	Anzahl der Nennung 2000	Anzahl der Nennung 2002	Abweichung im Vergleichszeitraum
1	Soziales /Humanitäres	86	114	+32,6 %
2	Gesundheit	76	109	+43,4%
3	Kultur	96	135	+40,6 %
4	Denkmalpflege	43	45	+4,6 %
5	Menschenrechte	22	26	+18,2 %
6	Umwelt	38	53	+39,5 %
7	Bildung	121	183	+51,2 %
8	Freizeit	50	67	+34,0 %
9	Regionale und kommunale Entwicklung	40	41	+2,5 %
10	Entwicklung des Nonprofit-Sektors	19	19	0
11	Sonstiges	30	38	+26,7 %

Eigene Darstellung

nach: Stifterforum: Informationen zum Stiftungssektor in der ČR. Materialien der II. Gesamtstaatlichen Stiftungskonferenz in der ČR. Prag, 30.September bis 1.Oktober 2002, S.4 und Fragebogen des Stifterforums, Februar 2001. Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 6/2001, Beilage II.

Mit Blick auf die vorstehende Tabelle ist festzustellen, dass in den Jahren 2000-2002 in Tschechien prozentual die meisten Stiftungsgründungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kultur erfolgten oder ggf. diese Stiftungszwecke bei bestehenden Stiftungen ergänzt wurden. Es wird evident, dass gerade in den Bereichen, in denen es im Post-Transformationsprozess in Tschechien Bedarf zur Neuorganisation des gesellschaftlichen Lebens gibt, die „Stiftung“ als organisationale Struktur offenbar besonders geeignet ist, diesen Bedarf zu befriedigen.

Eine nähere Beschäftigung mit drei ausgewählten Stiftungen aus diesen Bereichen lässt erkennen, dass eine Artikulation kollektiver Interessen und Bündelung individueller Interessen insbesondere in der operativen Tätigkeit der Stiftungen möglich wurde. Sie schließen im Betrachtungszeitraum sowohl systemische Lücken, z.B. durch die Bereitstellung eines umfangreichen Angebots sozialer Dienste und übernehmen aktiv und flexibel kollektive Aufgaben, z.B. in der Bildungs- und Innovationsförderung.

Beispiel „Stiftung Charta 77“

Ein Blick in die Projektliste der Stiftung³⁴⁸ gibt Aufschluss darüber, dass nicht – wie der Name der Stiftung vermuten lässt – ausschließlich Menschenrechtsprojekte gefördert werden. Diese gehören auch finanziell zu den kleinsten Bereichen der Stiftungstätigkeit. Die Stiftung ist vordergründig im sozialen Bereich, insbesondere der Behindertenfürsorge, tätig. (Anhang I bietet einen Überblick über alle Projekte der Stiftung im Jahr 2000.) Das größte Projekt ist das „Konto Barrieren“.

„Das Projekt ist einmalig in seiner Art. Es wird von 50.000 Menschen unterstützt, die uns monatlich 20 Kronen von ihrem Gehalt überweisen. Vor zehn Jahren sind wir mit einer Werbekampagne herausgekommen, die die Menschen aufrief, 20 Kronen ihres Gehaltes auf das „Konto Barrieren“ zu überweisen. Da haben sich 50.000 Menschen gemeldet, die uns bis heute eben diese 20 Kronen monatlich überweisen. D.h. wir haben jeden Monat eine Million Kronen zur Verfügung (ca. 33.300 €), die wir auf die Projekte aufteilen, die sich bei uns melden. Das sind keine typischen Grants. Diese konnten wir erst vergeben, als wir als „Konto Barrieren“ aus dem Stiftungsinvestitionsfonds Mittel erhielten. Es waren nicht viele Stiftungen, die da bedacht wurden. Wir erhielten zweimal einen Zuschuss.“³⁴⁹

Mit ihren Projekten ist die Stiftung ein Spiegel derzeit ungelöster sozialer Probleme im Land. Unter Verweis auf die dritte TAYLORsche Demokratie-Bedingung „gegenseitige Achtung“ (vgl. Kap. I, S. 20), die er auf den Wohlfahrtsstaat bezieht, ist die demokratische Konsolidierung immer mit der Institutionalisierung sozialer Sicherungssysteme verbunden. Dem schließt sich auch OFFE mit seiner Meinung an, dass die Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa nur möglich ist, „wenn gleichzeitig mit Demokratie und Kapitalismus auch weitreichende soziale Sicherungen institutionalisiert werden“³⁵⁰. Der Prozess der Institutionalisierung der sozialen Sicherungssysteme ist in Tschechien nicht auf die Neuordnung staatlicher Zuständigkeiten beschränkt. Bei der Artikulation und Aggregation der Interessen der Bürger im sozialen Bereich kommt dieser Stiftung aufgrund ihrer rechtlichen Ausgestaltung und Position im postkommunistischen Institutionengefüge – auch im Vergleich zu den Beitragsorganisationen – eine besondere Rolle zu: Sie substituiert über einen gewissen Zeitraum staatliches Handeln und artikuliert darüber hinaus die sich aus den gesellschaftlichen Änderungen geformten neuen Interessen der Bürger gegenüber dem Staat.

³⁴⁸ Die Stiftung wurde 1978 von dem tschechischen Physiker František Janouch in Stockholm gegründet und verlagerte nach der Samtenen Revolution ihren Sitz im Februar 1990 vollständig nach Prag. Sie hat einen vergleichsweise soliden Kapitalstock und gehört nach einer Erhebung des Stifterforums zu den elf Stiftungen in der Tschechischen Republik, die über mehr als 40 Mio. Kč eingetragenes Stiftungsvermögen ausweisen.

³⁴⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Božena Jírků am 01.12.2002 in Prag.

³⁵⁰ Offe, K.: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/Main. 1994, S.93.

„Die Erkenntnisse, die wir gewonnen haben, geben wir weiter in Gesprächen, Verhandlungen, auf Treffen mit Abgeordneten oder auch einzelnen Beamten. Ein Beispiel hierfür ist der Pflegedienst. Das ist hier keine durch den Staat abgesicherte soziale Leistung. Hier springen bis heute Stiftungen und Nonprofit-Organisationen ein. NPOs bewerben sich um Grants, die nur einen Teil der Ausgaben decken und fordern ihre Patienten auf, sich direkt an die Stiftungen zu wenden. Zuerst haben wir auch Pflegedienste bezahlt – einen Teil der Kosten. Dann nahm das aber solche Dimensionen an, dass wir uns in diesem Jahr entschlossen haben, dies zu beenden und mit dem Staat ins Gespräch zu kommen, dies zu unterstützen... Das Gesetz zur Sozialen Sicherung ist hier noch nicht verabschiedet... das sind Dinge, die müssen schnell geschehen.“³⁵¹

Doch die Determinierung der gesellschaftlichen Entwicklung durch Aggregation unterschiedlicher Interessen fängt für die Leiterin der Stiftung nicht erst bei den Projekten, dem Output an, sondern bereits bei dem Vermögen der in der Stiftung agierenden Personen, innerhalb ihres gegebenen Organisationsrahmens Fremdmittel zu akquirieren:

„Ich denke, unsere Beeinflussung kann nur darin bestehen, dass wir beispielsweise einen Sponsor überzeugen, der uns Geld gibt für die „Häuser auf der Hälfte des Weges“³⁵² („domy na půli cesty“). Die sind im Rahmen des „Kontos Barrieren“ nicht zu finanzieren. Mit dem Geld des Sponsors konnten wir eine große Ausschreibung starten für dieses Projekt, das mir sehr am Herzen liegt.“³⁵³

Darüber hinaus wird auch eine strategische Beeinflussung gesellschaftlicher Entwicklung eingeräumt:

„Dann gibt es eine Beeinflussung auch dadurch, dass auf Ausschreibungen hunderte Anträge eingehen. Aus diesen Anträgen wählt der Rat³⁵⁴ des „Kontos Barrieren“, 13 Leute, fünf, sechs oder acht Projekte aus, die wir weiter unterstützen. So beeinflussen wir auch diesen Sektor. Wir geben zu verstehen, was wir fördern.“³⁵⁵

³⁵¹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Božena Jírků am 01.12.2002 in Prag.

³⁵² „Auf der Hälfte des Weges“ ist ein Einrichtung, die von einer NPO, z.B. Zivilen Vereinigung gegründet wird. Hier können Kinder übergangsweise nach dem 18. Lebensjahr nach einem Aufenthalt im Kinderheim untergebracht werden.

³⁵³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Božena Jírků am 01.12.2002 in Prag.

³⁵⁴ Der Rat des „Kontos Barrieren“ ist nicht mit dem Verwaltungsrat der Stiftung identisch. Er existiert in ein und derselben personellen Zusammensetzung seit zehn Jahren.

³⁵⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Božena Jírků am 01.12.2002 in Prag.

Beispiel Olga-Havlová-Stiftung

Seit ihrer Gründung³⁵⁶ unterstützt die Stiftung Bürgerinitiativen und charitative Institutionen, die nach 1989 entstanden sind. Sie hat aufgrund ihres sozialen Engagements einen hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung³⁵⁷. Aus der Gründungserklärung der Stiftung wird ihr Ziel, das moralische Bewusstsein der Gesellschaft zu prägen und auf Unzulänglichkeiten in der staatlichen Sozialpolitik und deren Umsetzung aufmerksam zu machen³⁵⁸, deutlich.

„Wir werden auch um Unterstützung von Fachgruppen gebeten, die um Systemänderungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik bemüht sind, in der Bildung und beim Schutz der Menschenrechte. Wir waren dabei, als viele nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen entstanden sind, haben ihre Profilierung verfolgt, ihre Tätigkeit, Entwicklung und Ergebnisse und haben sie unterstützt.“³⁵⁹

Im vordergründigen Betätigungsfeld der Stiftung, in den Bereichen Soziales und Gesundheit, hat sich bisher keine Regierung der aufgrund der geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingung notwendigen Novellierung der noch aus sozialistischer Zeit stammenden gesetzlichen Basis und damit auch der Änderung der Finanzierung dieser Bereiche angenommen.

„...dass die NPOs, die im sozialen und Gesundheitsbereich arbeiten als erste verstanden haben, dass Qualitätsstandards der sozialen Dienste ein Weg zur Verbesserung des gesamten Sozialsystems sind, dem bis jetzt eine Gesetzgebung aus den 80er Jahren zugrunde liegt. Hierin sehe ich einen Zusammenhang zwischen der langfristigen Unterstützung von NPO-Projekten und gesellschaftlicher Entwicklung.“³⁶⁰

Staatliche Einrichtungen³⁶¹ bekommen ihre Gelder weiterhin kontinuierlich aus dem Staatshaushalt, die nichtstaatlichen NPOs hingegen aus Zuschüssen, deren Höhe jährlich von den Abgeordneten festgelegt wird und die über das zuständige Ressort verteilt werden. Diese Situation besteht seit mehr als zehn Jahren. Hier stellt sich die Leiterin der Stiftung in

³⁵⁶ Die Olga-Havlová-Stiftung wurde von der verstorbenen Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Václav Havel gegründet.

Die Stiftung hat Schwesternorganisationen in Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Kanada, Norwegen und den USA. Vgl.: Olga-Havlova-Stiftung (Hrsg.): Jahresbericht 2001. Prag. 2002, S.32f.

³⁵⁷ Als Indiz hierfür dient neben der Medialisierung (Vgl. Kap. V/3.) das Spendenaufkommen aus Einzelspenden. So waren beispielsweise im Jahr 2002 bei einem Spendenaufkommen von 31,5 Mio. Kč Einzelspenden i.H.v. 7,4 Mio. Kč zu verzeichnen. Vgl.: Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

³⁵⁸ Olga-Havlova-Stiftung (Hrsg.): Jahresbericht 2001. Prag. 2002, S.1.

³⁵⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

³⁶⁰ a.a.O.

³⁶¹ Die aus der ehemaligen Nationalen Front hervorgegangen NPOs - insbesondere Behindertenorganisationen - erhalten zusätzlich Mittel für die Bewirtschaftung ihrer Organisationen und Organisationseinheiten aus dem Staatshaushalt.

Gesprächen mit Parlamentariern und auf Regierungsebene³⁶² in besonderem Maße der Aufgabe, neue gesetzliche Regelungen zu schaffen. Den Willen und die Verantwortung der Regierung schätzt sie hierbei folgendermaßen ein:

„Die politischen Parteien spielen in diesem Kontext (Änderung der Sozialgesetzgebung, Anm.d.V.) eher eine negative Rolle, denn keine von ihnen hat genügend Willen aufgebracht, das bisherige System zu ändern. Einige Regierungen haben Anlauf genommen, aber das Werk nicht vollendet. Vladimír Špidla (ČSSD) ließ als Minister für Arbeit und Soziales ein Gesetz über Soziale Dienste vorbereiten, meinte allerdings selbst, dass es nicht durchkommen wird. Daher ist dieses sachliche Anliegen nicht einmal aus dem Ministerium herausgekommen. Der neue Minister, Zdeněk Škromach, hat andere Ansichten zu dem Gesetz, tut sie aber nicht in der Öffentlichkeit kund.“³⁶³

Eine Determinierung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung erfolgt über die Artikulation des Interesses an einer Änderung normativer Regelungen hinaus durch die finanzielle Unterstützung sozialer und humanitärer Programme der nichtstaatlichen NPOs sowie der Förderung Einzelner und wird durch nachstehende Tabelle verdeutlicht.

Tabelle 18: Anzahl der Stiftungsbeiträge der Olga-Havlová-Stiftung

<i>Jahr</i>	<i>Anzahl der Empfänger - Organisationen</i>	<i>Anzahl der Einzel - empfänger</i>
1998	107	288
1999	104	321
2000	138	489
2001	157	537

Quelle: Olga-Havlova-Stiftung (Hrsg.): Jahresbericht 2001. Prag. 2002, S.34.

„Im Jahre 2001 erfolgten Ausschreibungen für NPOs zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung Behinderter i.H.v. 1 Mio. Kč , in 2002 wurden 1,4 Mio Kč verteilt mit Fokus auf familienbezogene Projekte, Obdachlosenprojekte und Projekte für ältere Menschen.“³⁶⁴

³⁶² Im Mai 2001 referierte die Leiterin der Stiftung im Rahmen des Projekts des Außenministeriums „Mit den Bürgern der ČR über die EU“ über die Reform der Sozialen Dienste im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt. Im Juni 2001 fand u.a. im Rahmen des Internationalen Voluntary-Jahrs ein Arbeitstreffen der Leiterin der Stiftung mit dem damaligen Ministerpräsidenten Miloš Zeman und dessen ersten Stellvertreter, den Minister für Arbeit und Soziales, Vladimír Špidla statt. Vgl.: Olga-Havlová-Stiftung (Hrsg.): Jahresbericht 2001. Prag. 2002, S.8f.

³⁶³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

³⁶⁴ a.a.O.

Eines der erfolgreichsten Projekte in 2001 war die „Betreute Werkstatt“ in Česká Kamenice. Unter anderem wurden auch Projekte von vier Bürgervereinigungen zum Aufbau von Rehabilitationszentren unterstützt: Bürgervereinigung „Heimweg“ (Občanské sdružení Cesta domů), Charitas Javorník (Charita Javorník),

Das Finanzierungsportfolio der Stiftung für die Grant-Vergabe in 2002 sah wie folgt aus:

- ca. 3% wurden aus dem NIF generiert,
- 15% von ausländischen Geldquellen und
- ca. 80% aus dem Inland (darin enthalten sind Sachspenden und Einnahmen aus Erbschaften).³⁶⁵

Nicht jede tschechische Stiftung kann für sich einen derart hohen inländischen Finanzierungsanteil in Anspruch nehmen. Die Entwicklung des Spendenwesens, einer Unternehmensspenden- und Einzelspendenkultur, steht noch auf der Agenda der Bemühungen zur weiteren Konsolidierung demokratischer Entwicklung³⁶⁶.

In diesem Zusammenhang wird beklagt, dass die Interdependenz der Art und Weise der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und der damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklung aufgrund der sozialistischen Vorprägung im Bewusstsein der Menschen nicht genügend manifestiert wird.

„Es freut mich, dass unsere Stiftung mit den Prinzipien der Wohlfahrt verbunden wird, aber es stört mich, dass es kaum jemandem auffällt, dass sie öffentliche Angelegenheiten unterstützt. Denn die Wahrnehmung öffentlicher Dienste war in unserem Land in der Vergangenheit so abgestumpft, dass es viel Kraft kostet, überhaupt ihre Bedeutung zu erklären...“³⁶⁷

Gesellschaft für frühe Hilfe (Společnost pro ranou péči) und Bürgervereinigung STŘEP (Občanské sdružení STŘEP).

³⁶⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

³⁶⁶ In diesem Zusammenhang darf die Verknüpfung dieser Entwicklung mit der wirtschaftlichen Prosperität nicht aus dem Blick geraten. Die alleinige Manifestation wohlfahrtsstaatlicher Spendenkultur im Bewusstsein der Menschen führt ohne die wirtschaftlichen Voraussetzungen noch nicht zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Lebens.

³⁶⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

Beispiel Jan-Hus-Stiftung

Die Jan-Hus-Stiftung hat Traditionen, die in die Zeit vor 1989 zurückreichen. Sie wurde in Großbritannien mit dem Ziel der Förderung der Bildung in Fachgebieten, die in der damaligen Tschechoslowakei vernachlässigt oder direkt verboten waren, in der Normalisierungsperiode gegründet³⁶⁸.

Nach 1989 entstand die Tschechoslowakische Jan-Hus-Stiftung in Brunn, nach der Teilung in zwei eigenständige Staaten spaltete sich die Stiftung in zwei eigenständige Stiftungen mit enger Kooperation und ähnlicher programmatischer Ausrichtung auf.

„Unsere Stiftung hat sich von Anfang an besonders der Erneuerung der Hochschulbildung verpflichtet, und das vor allem in Fächern, die in den vorangegangenen 40 Jahren vernachlässigt wurden, also humanitäre und gesellschaftswissenschaftliche Fächer. Bildung ist immer die Grundlage für die Entwicklung der Gesellschaft.“³⁶⁹

Nach der Samtenen Revolution entstand in der damaligen Tschechoslowakei nicht sofort – per Dekret oder per Verfassung - ein neuartiges, europäisches Bewusstsein von Staatlichkeit, das nichtstaatlichen Akteuren als Interessenvertreter ihren Platz im neuen gesellschaftlichen System einräumte. Davon zeugen nicht zuletzt die in Tschechien geführten Debatten um zivilgesellschaftliche Konzeptionen (vgl. Kap. IV/1.).

Die neue politische Ordnung war auf die Förderung ihres sozialen Kapitals auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung und europäischen Integration angewiesen. Sie konnte sich nicht auf ein starkes bürgerliches Milieu stützen. Die Jan-Hus-Stiftung begleitete diesen Prozess nicht nur nach 1989, sondern bereits in den 1980er Jahren in Form der Abhaltung von Vorträgen in „Hausseminaren“³⁷⁰.

Zeugnis über die Instrumente demokratischer Konsolidierung legen die Programme und Projekte der Stiftung, am Beispiel des Jahres 2002, ab.

Mit dem Innovationsförderungs- und Entwicklungsprogramm für Hochschulbildung „Cursus innovati“ und der Grant-Vergabe zur Unterstützung der Hochschullehre „Higher Education Support Program“ ist sie insbesondere im gesellschaftswissenschaftlichen und humanitären Bereich aktiv.

³⁶⁸ Die heute häufig als „Untergrund-Universität“ (Podzemní univerzita) bezeichnete Bewegung, aus der die Stiftung hervorging, unterstützte Untergrund-Seminare in Wohnungen, die Herausgabe von Büchern im Eigenverlag (Samizdat) und freie kulturelle Aktivitäten während der 80er Jahre in der Tschechoslowakei.

³⁶⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Ivana Hurytová am 28.11.2002 in Prag.

³⁷⁰ Herr Josef Štogr, einer der Interviewpartner, steht beispielhaft an dieser Stelle: Vor 1989 hat er verschiedene Hilfstätigkeiten ausgeübt, da er nicht zum Studium zugelassen wurde. Während dieser Zeit hat er sich im Selbststudium mit philosophischen Themen auseinandergesetzt. Im Hause seiner Eltern befand sich eine Hausuniversität „domáci univerzita“, in der auch Lektoren aus Großbritannien Vorträge hielten. Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

Aus operativen Programmen zur Förderung der Bildung, in 2002 i.H.v. insgesamt ca. 2,2 Mio. Kč³⁷¹ ist eine Strategie ablesbar:

„...sind wir bestrebt, über die Bildung eine gesunde Zivilgesellschaft zu unterstützen. Nur ein Mensch, der gebildet ist und sich seiner Rechte und Pflichten bewusst ist, wird auch in der Lage sein, beispielsweise seine Unzufriedenheit zu artikulieren und Änderungen zu erreichen.“³⁷²

Einen weiteren Schwerpunkt setzt die Stiftung in der Entwicklung der Zivilgesellschaft, die sie über die

- Stärkung regionaler Stiftungen und Stiftungsfonds
- Schaffung eines legislativen und fiskalischen Umfelds für den NPS
- Nonprofit-Sektor-Forschung³⁷³

realisiert.

Die Stärkung regionaler Stiftungen und Stiftungsfonds ist Teil des vom amerikanischen TRUST (vgl. Kap.V/4.2.) initiierten Projekts. Die Nonprofit-Sektor-Forschung zielt darauf ab, die noch immer vorhandene Lücke zwischen Dokumentationen und statistischen Erhebungen einerseits und der gegenwärtigen Entwicklung im Land und in den einzelnen Gebieten und Städten zu schließen³⁷⁴. So ist für 2004 eine ökonomische Analyse des Stiftungssektors in der ČR³⁷⁵ avisiert.

³⁷¹ Vgl.: <http://www.vnjh.sk> - Výroční zpráva 2002, S.7-10.

Im Einzelnen wurden in 2002 mit Grants i.H.v. je 100.000 Kč unterstützt: Der Lehrstuhl für Geschichte und Geschichtsdidaktik der Pädagogischen Fakultät der Karlsuniversität Prag, Der Kreis der Mitarbeiter der Allgemeinen und Bürgerschule Prag, Der Lehrstuhl für Politologie /Sozialwissenschaftliche Fakultät der Masaryk-Universität Brunn, Das Philosophische Institut der Akademie der Wissenschaften, Die Pädagogische Fakultät der Masaryk-Universität Brunn und das Institut für Theater- und Filmwissenschaften der Masaryk-Universität Brunn.

³⁷² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Ivana Hurytová am 28.11.2002 in Prag.

³⁷³ Vgl.: http://www.vnjh.sk/cz/index.php?include=aktprog_ros vom 25.03.2004

³⁷⁴ Eine letzte umfassende Erhebung, die im Rahmen des JHCNSP durchgeführt wurde, legt Datenmaterial aus 1995 zugrunde. In den folgenden Jahren wurden an tschechischen Hochschulen zwar Erhebungen durchgeführt (z.B. Müller, J. Das wirtschaftliche Umfeld für den zivilen Nonprofit-Sektor in der ČR. Stiftungen und Eigentum. Brunn, 2000.), auch aus den Berichten des Statistischen Amtes der ČR lassen sich Daten generieren, aber immer mit unterschiedlichen Bezugsgrößen, so dass eine Vergleichbarkeit nicht gegeben ist.

³⁷⁵ Im Fokus stehen hierbei Erhebungen über die Struktur und die Herkunft des Eigentums der Stiftungen, über Möglichkeiten der Verwaltung und Bewertung des Eigentums, über Einnahmequellen der Stiftungen, Ausgabenstruktur sowie das Management und Personal in den Stiftungen.

Vgl. http://www.vnjh.sk/cz/index.php?include=aktprog_ros_vfp vom 25.03.2004.

3. Rezeption der Stiftungstätigkeit

Den Handlungsnormen und dem Verhalten der Bürger in den jungen Demokratien kommt eine besondere Bedeutung zu, denn die neu etablierten formellen Institutionen leben nicht zuletzt aufgrund ihrer Rezeption in der Gesellschaft. Daher ist neben den gesellschaftlich-politischen Konventionen und Regeln auch das tatsächliche Verhalten der Bürger in den sich transformierenden Gesellschaften ein wichtiger Faktor für die Stabilität der Demokratie.³⁷⁶

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern sind die Verhaltensweisen in der tschechischen Gesellschaft von den Erfahrungen in der Zeit eines totalitären Herrschaftsregimes geprägt. Die Bürger standen im Bann einer Ideologie, die Misstrauen zwischen ihnen säte, die jegliche Eigeninitiative in Bezug auf ein Engagement in der Gesellschaft lähmte und die das Vertrauen in die politische Führung und staatliche Institutionen schwinden ließ.

Eine Zivilgesellschaft, begriffen als vom Staat unabhängige Selbstorganisation der Gesellschaft zur Durchsetzung von Interessen einzelner Individuen, Gruppen oder der Öffentlichkeit im Rahmen einer rechtlich definierten Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft³⁷⁷, war von 1948 bis 1989 praktisch nicht existent (vgl. Kap. III/3.1.).

Daraus folgend wird die These aufgestellt, dass sich mit fortschreitender demokratischer Konsolidierung die nichtstaatlichen Nonprofit-Organisationen insgesamt sowie die Stiftungen im speziellen zunehmend das Bewusstsein der tschechischen Öffentlichkeit erobern.

Gegen Mitte der neunziger Jahre manifestieren sich im Bewusstsein der Öffentlichkeit noch besonders die Bereiche des Nonprofit-Sektors, die aus ehemals staatlichen Institutionen hervorgegangen sind³⁷⁸. Sie orientieren sich auf die Bereiche Kultur und Sport und agieren im institutionellen Gefüge der tschechischen Zivilgesellschaft häufig als Beitragsorganisationen (vgl. Kap.III/3.3.).

Eine neuere, von FRIČ³⁷⁹ geleitete Untersuchung belegt, dass sich die Rezeption der Organisationen des NPS durch die Öffentlichkeit in den letzten zwölf Jahren verbessert hat.

Eine Plattform für die Präsentation der Tätigkeiten in den NPOs bildet seit Mitte der neunziger Jahre die Kampagne „30 Tage für den Nonprofit-Sektor“³⁸⁰.

³⁷⁶ Pickel, G., Pickel, S.: „Neue“ Demokratien in Osteuropa? Politische Unterstützung und politische Partizipation als Determinanten der Demokratisierung. In: Lauth, H.-J., Liebert, U. (Hrsg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Opladen, Wiesbaden. 1999, S.238.

³⁷⁷ Weigle, M.A./Butterfield, J.: Civil Society in Reforming Communist Regimes. Comparative Politics. 2/1993, 25, S. 3.

³⁷⁸ Purkrábek u.a.: Der Bürger und die Politik. Fakultät für soziologische Wissenschaften der Karls-Universität. Prag, 1996.

³⁷⁹ Frič, P. u.a.: Spendenwesen und Freiwilligenarbeit in der Tschechischen Republik. Prag, 2001.

³⁸⁰ Die Dokumente dieser republikweiten Kampagne werden jeweils in einem Sammelband zusammengefasst. Vgl. z.B. ICN (Hrsg.): 30 Tage für den Zivilen Sektor. Sammelband 1999. Prag, 1999.

„In den Medien haben wir in dem Monat, den wir Monat der Nonprofit-Organisationen nennen, das ist immer im Februar, auch Auftritte... Das ist die so genannte Aktion „30 Tage für den Nonprofit-Sektor“, die wir auch finanziell unterstützen. Diesen Monat nutzen wir also nicht nur für die Darstellung unserer Stiftung, sondern vor allem auch für die Vermittlung gesellschaftlicher Werte, bürgerlichen Engagements, Freiwilligenarbeit.“³⁸¹

Alle Stiftungen und Organisationen, die als Organisatoren öffentlicher Sammlungen auftreten, genießen eine sehr positive Reputation. Primär werden ihre charitativen Tätigkeiten wahrgenommen. Stiftungen mit hohem Finanzierungsanteil aus dem Ausland oder Stiftungen ausländischer Förderer, deren Tätigkeitsschwerpunkt im strukturellen Aufbau des Nonprofit-Sektors und der Förderung der Demokratie liegt, stehen im Blickfeld der Öffentlichkeit nicht an oberster Stelle.

Bislang gibt es keine systematische Untersuchung darüber, wie die tschechische Öffentlichkeit das Engagement der Stiftungen beurteilt. Eine überaus pessimistische Einschätzung erfahren aber in diesem Zusammenhang inländische Stiftungen mit ausländischem Finanzportfolio, deren primäres Tätigkeitsfeld der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen ist.

„...Ich weiß nicht, ob die breite Öffentlichkeit von der Existenz der Stiftung OSF oder NROS Kenntnis hat.“³⁸²

Negative Vorfälle im Stiftungsbereich werden in den Medien schnell aufgegriffen und sind einer positiven Rezeption in der Bevölkerung abträglich.

„Den Medien geht es darum, mit den Nachrichten Geld zu verdienen. Daher ist die Mehrheit der Informationen über den Nonprofit-Sektor eine Katastrophe. Gute Nachrichten über den Zivilen Sektor gibt es seltener, weil die Menschen sich nicht so sehr dafür interessieren oder einfach weil sich diese Nachrichten besser verkaufen. Wenn schon mal eine Stiftung in die Zeitung kommt, dann schreibt man, dass in einer Stiftung z.B. Gelder veruntreut wurden, und im Bewusstsein der Gesellschaft macht sich die Ansicht breit, dass Stiftungen nicht vertrauenswürdig seien...“³⁸³

„Negative Vorfälle werden medialisiert. Diese beeinflussen die Sicht der Menschen auf den gesamten Nonprofit-Sektor.“

³⁸¹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

³⁸² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Marek Šedivý am 02.12.2002 in Prag.

³⁸³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Jiří Bárta am 27.11.2002 in Prag.

... Die Medialisierung hängt natürlich auch von den Nonprofit-Organisationen ab. Möchten sie in die Medien, müssen sie daran arbeiten. Aber auch mit den Medien kann man kommunizieren, das funktioniert.“³⁸⁴

Allerdings können im folgenden auf der Basis der geführten Interviews für einige bedeutende Stiftungen Zahlen generiert werden, die als Indikator für zunehmendes innerstaatliches Bürgerengagement in den Politikgebieten dienen, aus denen sich der Staat zurückzieht oder in denen er zu totalitären Zeiten nicht präsent war. Dies sind in erster Linie die Bereiche der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der Umweltschutz. Die Olga-Havlova-Stiftung, ein wichtiger nichtstaatlicher Akteur in der tschechischen Gesundheitspolitik hat in 2002 Spenden in Höhe von 31,5 Mio. Kč erhalten, davon 7,4 Mio. Kč von den Bürgern³⁸⁵. Es kann gemutmaßt werden, dass dies der Ausdruck der Identifikation vieler Bürger mit den Prinzipien der Stiftungsarbeit ist. Ein weiterer Indikator ist die überaus positive Replik in den Medien. Die Vermittlung der Vertretung kollektiver Interessen und gesellschaftlicher Aufgaben durch Stiftungen ist ein Prozess, der erst begonnen hat. Die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben war vor 1989 so abgestumpft, dass es großer Anstrengungen bedarf, deren Bedeutung zu vermitteln.³⁸⁶

„Das allgemeine Bewusstsein über diese Strukturen ist sehr gering. Besonders in größeren Städten, da wo das Leben eher anonym verläuft, konzentriert sich dieses Bewusstsein auf das Fernsehen. D.h. wenn die Berichterstattung im Fernsehen läuft oder in überregionalen Zeitungen berichtet wird, gibt es Chancen, einen größeren Kreis zu informieren.“³⁸⁷

„Die Sicht der Bürger ist häufig durch schlechte Vorfälle geprägt, die dann medialisiert werden. Viel weniger gelangt hier etwas Positives in die Medien. Die Medien bemühen sich aber auch um Entgegenkommen. So haben wir ein Angebot einer der größten Tageszeitungen, der Mladá fronta DNES, wahrgenommen, die den Stiftungen und anderen NPOs auf einer Seite (Charita) für einen sehr symbolischen Preis gestattet, sich zu präsentieren. Auch im tschechischen Fernsehen gibt es eine solche Möglichkeit, leider aber zu sehr unattraktiven Sendezeiten. Es lässt sich also nicht sagen, dass es kein Bewusstsein der Tätigkeiten im Nonprofit-Bereich gäbe.“³⁸⁸

„Ja, es gibt keine Erhebung darüber, kein feedback, was der Mensch auf der Straße denkt. Wir haben nur das feedback, was uns die Organisationen vermitteln. Ich glaube schon, dass unsere Rolle sich nicht auf die von „Bankiers“ beschränkt. Wir haben schon in unserer Strategie versucht, die wichtigsten gesellschaftlichen Themen aufzugreifen,

³⁸⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Marek Šedivý am 02.12.2002 in Prag.

³⁸⁵ Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

³⁸⁶ a.a.O.

³⁸⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štoger am 01.12.2002 in Prag.

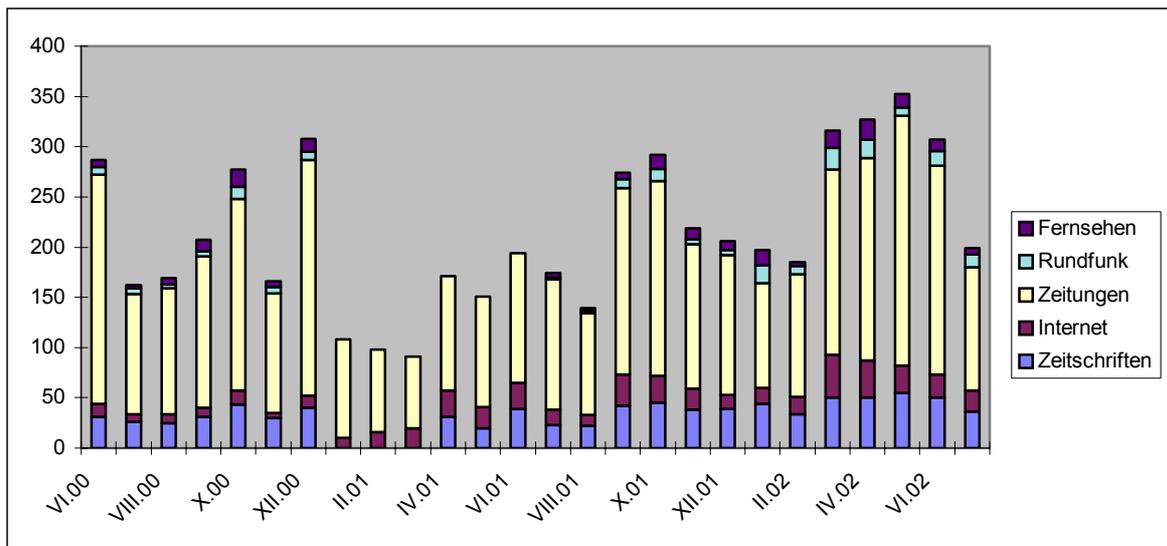
³⁸⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Ivana Hurytová am 28.11.2002 in Prag.

die die Regierung nicht unbedingt interessieren. Die Strategie ist Ergebnis von Workshops, die alle zwei Jahre stattfinden, zu denen wir uns Leute von der Universität, von der Akademie der Wissenschaften, vom Institut für Soziologie oder auch Juristen einladen, die einen größeren Überblick haben oder auch Leute, die größeren internationalen Menschenrechtsorganisationen nahe stehen. Da werden auch die einzelnen Titel, Bereiche, die die Stiftung unterstützt, festgelegt.³⁸⁹

Beitrag der Medien

Am häufigsten beschäftigen sich Tageszeitungen mit Stiftungshandeln; andere Medien wie Fernsehen und Rundfunk sind unterrepräsentiert. Größere, aktive Stiftungen haben darüber hinaus in der Regel informative Internetpräsentationen (z.B. Stiftung VIA, NROS, Stiftung Charta 77, Jan-Hus-Stiftung, OSF)

Übersicht 10: Anzahl der medialen Beiträge über ausgewählte Stiftungen nach Mediengruppen



Quelle: Stifterforum, Interne Analyse 2002.

Auffällig ist hierbei, dass nicht Stiftungen, die sich strukturell mit der Entwicklung des intermediären Sektors beschäftigen, im Vordergrund stehen, sondern Stiftungen mit humanitär-sozialem Profil. Diese wiederum tragen insbesondere in ihrer operativen Tätigkeit (vgl. Kap. V/2.3.) zur Vertiefung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch die finanzielle und moralische Unterstützung von Bürgerinitiativen und charitativen Institutionen bei.

³⁸⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

Durch ihre Tätigkeit leisten sie einen Beitrag zur Systemtransformation, befördern die Gründung neuer nichtstaatlicher NPOs und stehen ihnen bei ihrer Profilsuche und aktiven Arbeit zur Verfügung.³⁹⁰

„Die Stiftungen registriert die Öffentlichkeit zwar als Geldquelle, aber die Rolle jeder einzelnen Stiftung unterscheidet sie nicht und die Funktionsweise einer Stiftung bleibt ihr ebenfalls im Dunkeln.“³⁹¹

„Diese Stiftungen, also z.B. die für die Entwicklung des NPS, NROS, die Stiftung VIA, OSF sind der Öffentlichkeit gemeinhin wenig bekannt. Im Rahmen des NPS sind sie natürlich bekannt und sind da sehr einflussreiche große Stiftungen. Aber in der Öffentlichkeit ist ihr welfare-Einfluss (blahodárny vliv) wenig bekannt. Ihre Aktivitäten in diese Richtung sind für die Menschen nicht sichtbar.“³⁹²

Tabelle 19: Medialisierung tschechischer Stiftungen

(Juni 2000 – Juli 2002)

Stiftung	Schwerpunkt	Nennung
Stiftung Dagmar und Václav Havel VIZE 97	Soziales	1101
Stiftung Charta 77	Gesundheit und Soziales	1044
Stiftung NROS	Förderung der Zivilgesellschaft	636
Stiftung Partnerství	Ökologie/Zivilgesellschaft	609
Stiftung „Naše dítě“	Soziales	560
OSF (Open Society Fund)	Förderung der Zivilgesellschaft	557
Pro transplantaci kostní dřeně	Gesundheit	472
Olga-Havlová-Stiftung	Gesundheit und Soziales	461
Tereza- Maxová-Stiftung	Gesundheit und Soziales	450
Stiftung VIA	Förderung der Zivilgesellschaft	373

Quelle: Stifterforum, Interne Analyse 2002

Die Öffentlichkeit verband in den vom Stifterforum in Auftrag gegebenen Umfragen mit dem Begriff Stiftungen am ehesten Bereiche wie Gesundheit, Familienfürsorge und die Behindertenproblematik. Die am häufigsten medialisierte Stiftung in der o.g. Periode war die Dagmar und Václav Havel –Stiftung VIZE 97³⁹³, gefolgt von der Stiftung der Charta 77 (Nadace Charty 77), die die Medien insbesondere im Zusammenhang mit dem „Konto Barrieren“ (Konto Bariéry) zugunsten von Körperbehinderten und der „Inseln des Lebens“ (Ostrovy života), einer charitativen Kampagne zur Beschaffung von intensivmedizinischen

³⁹⁰ Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

³⁹¹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview (schriftlich) mit Dr. Hana Frišěnská am 07.01.2003.

³⁹² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Pavol Frič am 26.11.2002 in Prag.

³⁹³ Die Stiftung VIZE 97 hat einen großen Förderkreis, eine logische Konsequenz aus der Absicht ihrer Begründer, des ehemaligen Präsidentenpaares, mit der Stiftung verschiedenste Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu fördern. Haupttätigkeitsfelder sind die Bereiche Kultur, Gesundheit, Bildung – durch die Vergabe von Stipendien, Soziales, Menschenrechte sowie aktuelle gesellschaftliche Bedürfnisse. Vgl. <http://www.vize97.cz/www.info.html> vom 27.03.2003.

Apparaturen für Kinder, genannt wurden. Die Spannweite der Frequenz der übrigen o.g. Stiftungen in den Medien ist nicht sehr groß: Sie reicht von 373 bis 636 Nennungen im Untersuchungszeitraum. Aus der vorstehenden Tabelle ist der Schluss, dass die Medialisierung der Stiftungen zwingend abhängig ist vom Bekanntheitsgrad des Stifters oder Schirmherren, nicht zulässig. Er kann zwar als eine Erklärungsvariabel für die partizipatorische Wahrnehmung einer Stiftung in der tschechischen Öffentlichkeit betrachtet werden, keineswegs aber eine hinreichende.

In den weiteren Ausführungen bleibt zu klären, welche anderen exogenen und endogenen Faktoren die Positionierung der Stiftungen in der tschechischen Gesellschaft und damit auch ihre Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit determinieren. Im Vergleich mit Deutschland, wo die sozialen Dienste als Betätigungsfeld von Stiftungsaktivitäten in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung verloren haben³⁹⁴, lassen sich hier keine augenscheinlichen Parallelen ablesen. Vielmehr scheinen kollektive Interessen einzelner Gruppen sowie das Unvermögen staatlicherseits, diese Interessen zu befriedigen, ein ausschlaggebender Faktor zu sein. Dies gilt insbesondere für die regionale Ebene. Gesamtstaatlich zeichnet sich eine andere Tendenz ab:

„Selbstverständlich gibt es einzelne Aktionen auf gesamtstaatlicher Ebene wie das „Konto Barrieren“ oder „Helft den Kindern“, bei denen ein starkes Medium wie das Fernsehen agiert. Diese dringen dann in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Soweit ich mich erinnere, waren diese Aktionen immer auf eine Gruppe gerichtet, auf die Kinder, die Behinderten, denen man helfen will. Also Wohlfahrtstätigkeit, aber nur in bestimmten Bereichen. Gegenüber alten Menschen gibt es hier immer noch eine gewisse Reserviertheit...Unbequeme Themen kommen da nicht hin. Daher kommt da nicht das Minderheitenproblem zur Sprache. Ich kenne keine Aktion auf gesamtstaatlicher Ebene, bei der Geld für Minderheitenprogramme gesammelt wurde. Das ist zu kontrovers, kein Medium lässt sich darauf ein. Dass gesammelt werden würde für Flüchtlinge oder ähnliches – nein. Ach doch, eine totale Ausnahme ist „Mensch in Not“ („Člověk v tísni“) beim Tschechischen Fernsehen...völlig untypisch!

Ich glaube, solche Aktionen wie die 20-Kronen-Spende sind nur begrenzt möglich. Man kann damit schon gar nicht Geld für die Entwicklung des Nonprofit-Sektors und der Zivilgesellschaft sammeln.“³⁹⁵

³⁹⁴ Anheier, H.K.: Stiftungen – Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. In: Rechts- und Staatswissenschaftliche Vereinigung e.V. (Hrsg.), Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh.2000,S.13.

³⁹⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

4. Exogene Einflussnahme bei der Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen

4.1. Das Stifterforum

Das Stifterforum (Fórum dárců) ist eine zivile Vereinigung³⁹⁶, in der sich unter Berufung auf einen gemeinsamen Stiftungscodex eine Reihe tschechischer Stiftungen zur einer Assoziation zusammengeschlossen (Asociace nadací) haben. Diese nehmen aktiv an der Entwicklung des Stiftungsumfeldes teil. Das Forum steht im tschechischen Kontext gleichsam als Versuch, „gewaltfreie, argumentative Machtpotentiale zu entfalten, die bewirken können, dass solche Institutionen und Gesetze geschaffen werden, die die Ausübung von Autonomie ermöglichen und befördern.“³⁹⁷

Das Stifterforum „...ist unentbehrlich für uns, es macht Lobbyarbeit für die Interessen der Stiftungen, für Gesetzesänderungen im Nonprofit-Sektor. Eine einzelne Stiftung hätte dafür nicht die Kapazität. Die Mitglieder des Stifterforums leisten einen finanziellen Beitrag. Es gibt da auch methodische Seminare, z.B. wie Grants ausgeschrieben werden, zu finanziellen und legislativen Fragen und es wird gezieltes Lobbying durchgeführt. Diese Veranstaltungen sind auch finanziell sehr anspruchsvoll, 50.000 USD beispielsweise, Juristen müssen bezahlt werden. Dafür legen die Stiftungen ihre Mittel zusammen. Das Stifterforum ist also ein sehr zweckmäßiges, pragmatisches Gebilde...

Ich muss sagen, dass ich sehr froh bin, dass wenigstens die Stiftungen in der ČR, und das sind ungefähr 200, in der Lage waren, so etwas wie eine Assoziation zu schaffen, die mit einheitlicher Stimme auftritt und sich auch auf oberster Ebene, gegenüber der Regierung, als Partner gibt, die auch kommuniziert, was noch nicht überall klar ist: Was eigentlich eine Stiftung ist, dass das keine Geldwaschmaschine ist, dass das im Gegenteil eine Struktur ist, die der Zivilgesellschaft sehr dienlich ist – das ist nicht immer klar.“³⁹⁸

Bei näherer Betrachtung stößt man auf eine Diskrepanz zwischen der Steuerungsfähigkeit dieser im postkommunistischen Institutionengefüge geschaffenen Interessenvertretung und deren eng begrenzten finanziellen Basis im Land. Die Abhängigkeit von externen Fördergeldern lässt den Schluss zu, dass bei der Artikulation und Durchsetzung von Interessen nicht ausschließlich tschechische Ambitionen im Vordergrund stehen.

So finden sich finanzielle Zuwendungen folgender Institutionen:

- Charles Stewart Mott Foundation
- Delegation der Europäischen Kommission in der ČR

³⁹⁶ Das Stifterforum ist Mitglied der Worldwide Initiatives for Grantmaker Support (WINGS).

³⁹⁷ Rödel, U.: Zivilgesellschaft und Verfassung. In: Gebhardt, J./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Demokratie, Verfassung und Nation. Baden-Baden, S. 123-138. In: Klein, A.: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen, 2001, S.312.

³⁹⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

- German Marshall Fund
- Stiftungen VIA, OSF, NROS, Jan Hus
- TRUST
- US-amerikanische Botschaft
- Rockefeller Brother Fund³⁹⁹

Die transatlantische resp. kontinentaleuropäische Handschrift der Förderer wird in diesem Kapitel in 4.2. und 4.3. näher besprochen.

Innerhalb der letzten zwei Jahre gelang es, die im Stifterforum vorbereitete Gesetzesnovelle des 1998 in Kraft getretenen Gesetzes über Stiftungen und Stiftungsfonds zu verabschieden. Den Stiftungen wurden neue Investitionsmöglichkeiten für ihr Stiftungskapital eröffnet.

Die Position des Stifterforums als kollektiver gesellschaftlicher Akteur, der die Interessen nichtstaatlicher Nonprofit-Organisationen (insbesondere der Stiftungen) artikuliert, ist in den letzten Jahren durch intensivere Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen (z.B. RNNO), den Banken und der Wirtschaft gestärkt worden. Für die Anlage der Stiftungsgelder wurden mit einer Bank spezielle Konditionen ausgehandelt.

„Natürlich hat ein Konsortium von Stiftungen ein größeres Gewicht als eine einzelne Stiftung. Eine nicht minder wichtige Rolle hat es im finanziellen Bereich, in der Beziehung zu den Banken. Wenn die Stiftungen die NIF-Gelder zusammenlegen, ergibt sich natürlich ein größeres Gewicht, als wenn jede Stiftung ihr Geld bei einer anderen Bank anlegt.“⁴⁰⁰

Gegenwärtig gelten die Anstrengungen der Verabschiedung des Gesetzes zur Steuerassiguation (vgl. Kap. V/2.2.). Zu diesem Zweck wurden im Rahmen eines Projekts beim Stifterforum zwei Teams - ein „Expertenteam für die Legislative“ und ein „Implementierungsteam“ eingesetzt. Bisheriges Ergebnis der Arbeit des Teams ist ein Sachzielentwurf zum Gesetz über die Steuerassiguation (vgl. Anhang G). Neben dem Gesetzesvorschlag zur Steuerassiguation leistet das Expertenteam das Monitoring zur Vorbereitung der Gesetzesnovelle des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie weiterer legislativer Änderungen für den Nonprofit-Sektor⁴⁰¹.

„Das Stifterforum weiß natürlich, auf welche Weise man in die Entscheidungsprozesse gelangt und tritt dann sehr ergebnisorientiert auf. Sie haben dort Methodik in ihrer Vorgehensweise, machen keine einmaligen unkonzentrierten Aktionen und können auf

³⁹⁹ <http://www.donorsforum.cz/index.php?id=27> vom 20.11.2003.

⁴⁰⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Ivana Hurytová am 28.11.2002 in Prag.

⁴⁰¹ <http://www.donorsforum.cz/index.php?id=14> vom 07.01.2004

gewisse Weise auch bestimmte Veränderungen hervorrufen. Auf der TRUST-Präsentation wurde ihre Komponente der SteuerassigNation vorgestellt. Sie werden respektiert, ihre Führungsrolle wird anerkannt. Hier werden sie künftig hauptsächlich die Abgeordneten beeinflussen, da diese Komponente auf das Parlament abzielt.“⁴⁰²

Insgesamt begleitet das Stifterforum die Entwicklung im Nonprofit-Bereich, aber speziell auch bei den Stiftungen, mit einem evaluierenden Blick: Neben neueren internen Erhebungen zur Medialisierung der Stiftungen⁴⁰³ und zur Unternehmensphilanthropie wurden in 2001 wurde vom Stifterforum ein Stiftungsverzeichnis erstellt, der Versuch, eine größere Datenbasis zum Stiftungssektor zu schaffen. Die Aussagekraft hinsichtlich der Zuordnung einzelner Stiftungen zu den Tätigkeitsbereichen ist allerdings in Zweifel zu ziehen (vgl. Anhang E). So finden sich unter der Rubrik „Entwicklung des Nonprofit-Sektors“ 19 Stiftungen, von denen bereits ihre Bezeichnung bei einigen (z.B. Stiftung zur Unterstützung des Ökosystems im Erzgebirge) keine Verbindung zum strukturellen Aufbau des Nonprofit-Sektors assoziieren lässt. Die Leiterin des Stifterforums kommentiert dies wie folgt:

„Das gesamte Stiftungsverzeichnis wurde auf der Basis einer Erhebung mit Fragebögen erstellt. D.h. alle in der ČR registrierten Stiftungen haben strukturierte Fragen erhalten, wo sie das Gebiet ankreuzen sollten, auf dem sie am aktivsten sind. Und diejenigen, die da ankreuzten, dass sie aktiv auf dem Gebiet der Entwicklung des NPS sind, kamen in diese Rubrik. D.h. so wurde das dann auch veröffentlicht auf der Grundlage des Fragebogens ungeachtet dessen, ob das nun wirklich auch so stimmt. Tatsächlich sind es wesentlich weniger als diese 19 Stiftungen.“⁴⁰⁴

FRIČs These, dass ein Teil der institutionalisierten Akteure – und hierzu gehört das Stifterforum - eine „spontane Oligarchisierung“ des Nonprofit-Sektors betreibt und somit offensichtlich eine neue „Nonprofit-Elite“ herangezogen⁴⁰⁵ wird, die die Richtung innerhalb des Sektors bestimmt, ist nach Betrachtung des Kapitalflusses von den Stiftungen an NPOs, darunter wiederum Stiftungen, zu relativieren: Eine „Oligarchisierung“ impliziert die Durchsetzung individueller Interessen auf der Basis soliden Kapitals und Know-hows. Dies ist für Tschechien in der Form nicht gegeben. Einerseits dominiert weiterhin – wie in den vorangegangenen Beispielen im Kapitel V/2.3. dargelegt, die Realisierung subsidiär-staatlicher, kollektiver Interessen vor den individuellen Interessen einzelner Förderer, andererseits kann die Verbreitung von Know-how und Management-Wissen im Nonprofit-

⁴⁰² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit David Stulík am 02.12.2002 in Prag.

⁴⁰³ Vgl.: Stifterforum: Analyse der medialen Präsentation der Stiftungen auf dem Gebiet der ČR. Juni 2000 – Juli 2002. Prag, 2002.

⁴⁰⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Pavlína Kalousová am 29.11.2002 in Prag.

⁴⁰⁵ Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag, 2000.

Bereich sowie der derzeit hier erreichte Wissensstand als ein Indiz für eine „Professionalisierung“ des Sektors, nicht für eine „Oligarchisierung“ gewertet werden.

Unter welchen Vorzeichen diese Professionalisierung erfolgte, welche Einflüsse bei der Konsolidierung zivilgesellschaftlicher Strukturen eine Rolle spielen, soll in den folgenden Punkten 4.2. und 4.3. diskutiert werden.

4.2. Transatlantischer Einfluss: Der CEE-TRUST und die Stiftung VIA

Zahlreiche internationale Organisationen unterstützen den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Tschechien.⁴⁰⁶ Etwa die Hälfte der nichtstaatlichen NPOs werden durch Spenden und Stiftungen aus dem Ausland unterstützt. Primäres Ziel dieser Bemühungen war in den neunziger Jahren die Förderung der Lobbyarbeit und die Netzwerkbildung⁴⁰⁷. In den letzten Jahren rückt bei den transatlantischen Förderern zunehmend die Professionalität als Kriterium für die Mittelvergabe in den Vordergrund. Deutliche Akzente setzen die Fördermaßnahmen auf die strukturelle Entwicklung des Sektors, auf dessen Vernetzung und Rezeption in der Bevölkerung sowie auf Bildungsarbeit und Elitenförderung.⁴⁰⁸ Diesen Befund bestätigen auch die vorgenommenen empirischen Untersuchungen in Form einer Beobachtung.⁴⁰⁹

Entstehung, Zweck und Ziele des TRUST

Eine Gruppe großer amerikanischer Stiftungen hat den *TRUST für die Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa* (CEE Trust) mit dem Ziel, langfristig die Erneuerung der Zivilgesellschaft in den postkommunistischen Ländern zu unterstützen, initiiert. An der Entstehung des TRUST waren maßgeblich folgende Stiftungen beteiligt:

- Atlantic Philanthropies
- Charles Stewart Mott Foundation
- Ford Foundation
- German Marshall Fund of the United States
- Open Society Institute
- Rockefeller Brothers Foundation

⁴⁰⁶ Eine in 2004 an der Universität Münster vorgelegte Dissertation beschäftigt sich gezielt mit externer Demokratieförderung in der Tschechischen Republik. Vgl.: Freise, M.: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Münster. 2004, S.121-234.

⁴⁰⁷ Widmaier, U./Garwich, A./Becker, U.: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas. Opladen.1999, S.68.

⁴⁰⁸ Vgl.: Freise, M.: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Münster. 2004, S. 235.

⁴⁰⁹ Pressekonferenz zur Vorstellung des CEE-Trust-Programms 2002-2005 in der ČR am 28.11.2002 in Prag.

Für den TRUST als transatlantischen Förderer ist die Organisationsform Stiftung für die Vermittlung demokratischer Werte besonders geeignet. Daher erfolgte in den vergangenen zehn Jahren über den TRUST an die nichtstaatlichen NPOs nicht nur ein monetärer Kapitalfluss, sondern ein Transfer von Know-how und Managementkompetenzen in erheblichem Umfang.

„Es geht um umfangreiches Programm, in dessen Rahmen die amerikanischen Geber insgesamt 75 Millionen US-Dollar für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Nonprofit-Sektors in sieben Mittel- und Osteuropäischen Ländern bereitstellen. Dies geschieht in der Überzeugung, dass die Zivilgesellschaft für die Stärkung der Demokratie und Marktwirtschaft in den postkommunistischen Ländern unerlässlich ist.“⁴¹⁰

Profile der Implementierungsorganisationen

Die Auswahl des Partners in der ČR erfolgte Ende 2001 bis April 2002 in Form einer Bewertung der Projektprofile der einzelnen Organisationen. Im Anschluss daran hatten vier Organisationen die Möglichkeit, nach gegebenen Kriterien ein Projekt zu erarbeiten. Die Wahl des Verwaltungsrates des CEE Trusts fiel auf die Stiftung VIA, die Regionalpartner des Trusts wurde. Im Rahmen des Trusts werden von 2002 bis Herbst 2005 drei Millionen US-Dollar für die zivilgesellschaftliche Entwicklung in der Tschechischen Republik bereitgestellt.

Die Stiftung VIA entstand 1997 und setzte die Tätigkeit der tschechischen Außenstelle der amerikanischen Stiftung The Foundation for a Civil Society fort. Stiftungszweck ist die Unterstützung und Stärkung der Partizipation der Öffentlichkeit an der Entfaltung einer demokratischen Gesellschaft in der ČR: Hierbei wird finanzielle Hilfe mit der Förderung des Humankapitals kombiniert. Neben der Gewährung von Stiftungsbeiträgen (Grants) werden die Fähigkeiten der Mitarbeiter der Nonprofit-Organisationen durch die Vermittlung von Wissen und relevanten Informationen in Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen gestärkt.

Im Rahmen des TRUST soll die institutionelle und strukturelle Entwicklung des NPS gefördert werden, ein knowledge fund zur Professionalisierung des NPS gebildet werden und ein Beraterteam aufgebaut werden.⁴¹¹

In die Realisierung des Programms in der Tschechischen Republik hat die Stiftung VIA weitere Stiftungen einbezogen:

⁴¹⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen: Presserklärung. Programm-Manager des CEE Trust, Matúš Minárik. Prag, 28.11.2002.

⁴¹¹ vgl. www.nadacevia.cz

- die Stiftung Partnerství

Die Stiftung Partnerství wurde 1991 als Teil des mitteleuropäischen Programms Environmental Partnership von einem Konsortium aus überwiegend amerikanischen Stiftern, vertreten durch den German Marshall Fund of the United States gegründet. Sie hat sich in eine unabhängige tschechische Stiftung transformiert (1994 erfolgte die Registrierung) und kann auf eine intensive Zusammenarbeit mit den Schwesterorganisationen in Polen, Ungarn und der Slowakei verweisen. Stiftungszweck ist neben der Verbesserung der Umweltbedingungen die Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung der Zivilgesellschaft. Die Stiftung fördert konkrete Aktivitäten tschechischer Nonprofit-Organisationen, Bürgerinitiativen und örtlicher Selbstverwaltungen in Form von Stiftungsbeiträgen (Grants), Praktika, Schulungen, Publikationen u.ä.

Für die Umsetzung ihrer Programmkomponente des TRUST hat die Stiftung eine weitere Stiftung, die Jan-Hus-Stiftung, angesprochen.⁴¹²

- die Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (NROS)

NROS wurde 1993 als tschechisches Rechtssubjekt gegründet. Schwerpunkt der Stiftungstätigkeit ist die Gewährung von Stiftungsbeiträgen (Grants) für konkrete Projekte tschechischer NPOs in den Bereichen Entwicklung der Zivilgesellschaft und Nonprofit-Sektor, Menschenrechte und Integration von Roma sowie Kinder- und Jugendprogramme.

Im Rahmen des TRUST wird NROS Aufgaben zur Vorbereitung der tschechischen NPOs auf den EU-Beitritt übernehmen.

- den Open Society Fund Praha (OSF)

Die **Stiftung Open Society Fund Praha** wurde 1992 von dem amerikanischen Finanzier und Philanthropen Georg Soros als tschechisches Rechtssubjekt im Rahmen der Soros-Stiftungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und Mittelasiens gegründet. Stiftungszweck ist die Unterstützung der freien Entfaltung zivilgesellschaftlichen Lebens. Neben Netzwerkprogrammen der Soros-Stiftungen gestaltet die Stiftung OSF Praha eigene nationale Programme und hat in den vergangenen zehn Jahren Stiftungsbeiträge (Grants) in den Bereichen Bildung, internationale Zusammenarbeit in Mittel- und Osteuropa, Entfaltung der Zivilgesellschaft,

⁴¹² Weitere Informationen unter: www.nadacepartnerství.cz, www.vnjh.sk.

Kunst und Kultur, Gesundheitswesen, Recht und Öffentliche Verwaltung ausgeschrieben.

Für den TRUST wird der OSF den Aufbau von think tanks übernehmen sowie die NPOs auf den Weg in die EU mit kommunalen und regionalen Projekten unterstützen.

Ebenfalls werden sich an der Umsetzung das Stifterforum (vgl. Kap. V /4.1.) und ein unabhängiges Expertenteam aus Akademikern, der öffentlichen Verwaltung, des Profit- und Nonprofit-Sektors beteiligen. In die Kommissionen für die einzelnen Stiftungsbeiträge (nadační příspěvky) und Ausschreibungen werden weitere Fachleute berufen.⁴¹³

Dem Stifterforum fällt aus dem TRUST ein Betrag i.H.v. 150.000 bis 180.000 USD zu, der folgende Verwendung finden wird:

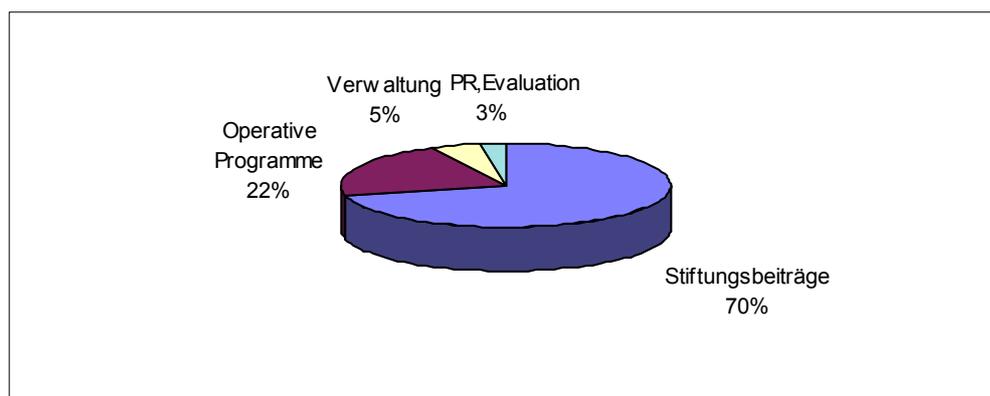
„Konkret realisieren wir damit drei Programme:

- Die Unterstützung regionaler Stiftungen und ihrer Rolle in den Kommunen,
- die Unterstützung der Entwicklung von Firmenspenden und
- die Unterstützung von Fundraising-Mechanismen von NPOs.

Das letzte Programm wird sicher auch die größte Beachtung seitens des Nonprofit-Sektors finden. Hier sind Änderungen in der Steuergesetzgebung geplant. Hier werden wir eng mit dem OSF zusammenarbeiten.“⁴¹⁴

Übersicht 11: Verwendung des CEE Trust in der Tschechischen Republik

Gesamtsumme: 3 Mio.\$



Eigene Darstellung nach Pressekonferenz am 28.11.2002 in Prag

⁴¹³ Alle Informationen zum CEE Trust stammen aus der Teilnahme an der Pressekonferenz zur Vorstellung des CEE-Trust-Programms 2002-2005 in der ČR am 28.11.2002 in Prag.

⁴¹⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Pavlína Kalousová am 29.11.2002 in Prag.

Die Bedeutung der tschechischen Stiftungen als Kooperationspartner für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und für die demokratische Konsolidierung im Land wird aus vorstehender Übersicht – 70% der 3 Mio. USD fließen als Grants an die vier ausgewählten Stiftungen – deutlich. Allerdings sind die dahinter stehenden Interessen und demokratischen Modelle, die mit diesem Kapitalfluss in die Tschechische Republik transferiert werden, zu hinterfragen. Betrachtet man die Profile der Implementierungsorganisationen, so wird deutlich, dass drei der vier nach tschechischem Stiftungsrecht registrierten Stiftungen amerikanische Wurzeln haben.

Eine Befragung zu den Grants der Stiftung VIA in den Jahren 2000-2002⁴¹⁵ ergab einen signifikanten Anstieg (fast auf das Dreifache) des Fördervolumens der Stiftung. Auf das Doppelte stiegen im Vergleichszeitraum die Mittel für die strukturelle Förderung der Zivilgesellschaft durch die Stiftung. Die Frage nach der Generierung dieser Mittel lässt am Beispiel der Stiftung VIA im Jahre 2001 die Vermutung einer Aggregation dominant amerikanischer individueller Interessen zu. So wurden im Referenzjahr ca. zwei Drittel der Grants i.H.v. ca. 12 Mio. Kč durch amerikanische Förderer finanziert. Europäische Interessen hatten hier mit weniger als 1 Mio. Kč einen vergleichsweise geringen Rückhalt.

*Tabelle 20: Förderbereiche und Finanzquellen der Stiftung VIA
am Beispiel der Grants in 2001*

<i>Förderbereich</i>	<i>Grants in 2001 in Mio Kč</i>	<i>Finanzquelle</i>
Örtlicher Entwicklungsfonds	3,549	The Atlantic Philanthropies, Rockefeller Brothers Fund, OSF Praha, Nadace VIA u.a.
Jugendfonds Levi Strauss & Co.	1,042	Levi Strauss Foundation
Roma-Initiative	1,180	Dr. Alfred und Isabel Bader
Trainings- und Förderprogramm Fundraising	1,422	Rockefeller Brothers Fund, Charity Know How-Allavida, OSF Praha
Medien und Nonprofit-Organisationen	0,653	Britisches Ministerium für regionale Entwicklung (DFID)
Nachhaltige Verkehrsplanung	0,469	The Atlantic Philanthropies, Rockefeller Brothers Fund, Stiftung Partnerství
Junge Journalisten in Nonprofit-Organisationen	0,165	Levi Strauss & Co. aus dem Fonds Media for Youth, Niederländische Botschaft

⁴¹⁵ Schriftliche Befragung zu den Grants der Stiftung VIA vom 3.12.2003.

<i>Förderbereich</i>	<i>Grants in 2001 in Mio Kč</i>	<i>Finanzquelle</i>
Öffentliche Parks und Plätze	1,956	Heinz Endowments a Central European Linkage Program, The Atlantic Philanthropies, Kanadische Regierung, Czechoslovak American Congress, Pashek Associates
Preis VIA Bona	0,250	Citigroup Foundation
Grants aus dem Fonds des Verwaltungsrates der Stiftung VIA	1,517	Stiftung VIA, Erträge aus Termingeld und Stiftungskapital (500.000)
Gesamt 2001	12,2	

Quelle: Übersetzung aus dem Tschechischen: Stiftung VIA für örtliche Initiativen: Jahresabschlussbericht 2001.

Bei der Prüfung der einzelnen Förderbereiche lässt sich folgende Heterogenität ausmachen: Während im Bereich „Örtlicher Entwicklungsfonds“ Grants für kulturelle, soziale und ökologische Zwecke i.H.v. ca. 29% des Gesamtfördervolumens an nichtstaatliche NPOs vergeben wurden, werden in Bereichen, die mit der Rezeption zivilgesellschaftlicher Aktivitäten verbunden sind – Medien und NPOs sowie Junge Journalisten und NPOs – nur 818.000 Kč, d.h. weniger als 7% des Gesamtfinanzierungsvolumens ausgegeben. Die Höhe der Förderung dieses Bereiches sollte allerdings nicht den Blick für den überaus sinnvollen Ansatz verstellen: Praktika junger Journalisten in Stiftungen und anderen Nonprofit-Organisationen können eine effiziente Möglichkeit der Verbreitung und Verfestigung demokratischer Werte sein – in diesem Fall von Wertvorstellungen, die primär mit einem liberalen zivilgesellschaftlichen Modell einhergehen. Zum einen wird durch diese Erfahrung das Verhalten der Journalisten selbst beeinflusst, sie bekommen eine Vorstellung von Möglichkeiten der Partizipation in ihrem Umfeld, von Chancen und bestehenden Problemen zivilgesellschaftlicher Entwicklung. Andererseits sind sie in Ausübung ihres Berufes die künftigen Multiplikatoren demokratischen Gedankengutes, dass über mediale Beiträge den Bürgern vermittelt wird.

4.3. Kontinentaleuropäischer Einfluss:

Das Engagement der Friedrich- Ebert-Stiftung und die Stiftung NROS

Das Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung

Neben der Form der finanziellen Einflussnahme im Sinne eines Geldtransfers zur Durchsetzung extern determinierter Interessen sind auch andere Formen der exogenen Beteiligung am Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen verifizierbar.

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag im November 2002 organisierte Konferenz „Zivilgesellschaft in den Ländern Mitteleuropas vor der EU-Erweiterung – Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen und Staat“ ist hierfür ein gutes Beispiel. Bereits das Thema der Konferenz verweist auf die anders gelagerte Ausrichtung europäischer Förderung im Vergleich zu der transatlantischen: Die Diskussion greift über den Fokus privaten zivilgesellschaftlichen Engagements hinaus⁴¹⁶ in die staatliche Sphäre und greift Interdependenzen zwischen Staat und Zivilgesellschaft auf.

„Ursprünglich wollten wir wirklich diesen Aspekt der Zivilgesellschaft beleuchten hier in Tschechien, sind aber dann darauf gestoßen, dass das Engagement der Nichtregierungsorganisationen hier sehr stark ist, wie auch das Bedürfnis zwischen diesen Nichtregierungsorganisationen und dem Staat nach Kommunikation. Deshalb haben wir da diesen zweiten Aspekt noch eingebracht.“⁴¹⁷

Die Zusammenarbeit der NPOs mit dem Staat basiert in Tschechien eher auf einer kooperativen, als destruktiven Basis, kann allerdings noch immer nicht als befriedigend eingeschätzt werden. Der Staat betrachtet die Nonprofit-Organisationen nicht als gleichberechtigte Interessenvertreter, sondern administriert mit vermeintlich „höherer Legitimation“. Eine Unterstützung der NPOs erfolgt nur in ungenügendem Maße. An dieser Schnittstelle setzt die exogene Förderung unter kontinentaleuropäischen Vorzeichen an.

„Wir möchten einen Gesprächskreis gründen, wo sich dann wirklich VertreterInnen dieser beiden Seiten treffen, des Staates und von

⁴¹⁶ Vgl. Diskussionsbeiträge Ehrke, M.: Sozialdemokratie und Zivilgesellschaft. Beitrag zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag: Civil Society in Czech Republic – the EU perspective. Prag, 11. November 2002. und Meech, N.: Civil society in Central Europe: aspects of cooperation between NGOs and the state. Beitrag zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag: Civil Society in Czech Republic – the EU perspective. Prag, 11. November 2002.

⁴¹⁷ Interview mit Nicole Borůvka am 28.11.2002 in Prag.

Nichtregierungsorganisationen, vielleicht auch noch von Universitäten, wo es dann zu konkreten Fragen einen Austausch geben sollte.“⁴¹⁸

Dennoch gibt es bereits personelle Verschränkungen zwischen staatlichen Institutionen und den Nichtregierungsorganisationen, z.B. dem RNNO und der Stiftung NROS:

„Zum einen ist die Leiterin unserer Stiftung Mitglied in diesem Rat (RNNO) und Mitglied im Ausschuss für EU-Fragen. Ich bin auch oft als Gast anwesend. Frau Frištěnská, die Geschäftsführerin, ist gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrates von NROS. Wir kommunizieren häufig, helfen bei der Erstellung von Unterlagen, bei der Informationsgewinnung...“⁴¹⁹

Die Stiftung NROS – Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft

Ein weiterer Beleg für die im Vergleich zum transatlantischen Ansatz andersartige Gewichtung der Förderung findet sich in den Aktivitäten von NROS. Seit 1993 setzt die Stiftung das PHARE-Programm zur Entwicklung der Zivilgesellschaft⁴²⁰ in der Tschechischen Republik um. Insgesamt wurden in den ersten drei Jahren 397 Grants in den Bereichen Umwelt (83), Gesundheit und Soziales (163), Menschenrechte (51) sowie für Informations- und Schulungsaktivitäten (99)⁴²¹ vergeben, bis 1997 insgesamt 894 Grants i.H.v. 3.987 Mio. ECU⁴²². Die Tätigkeit der Stiftung ist bis heute von Kontinuität und Professionalität getragen. Die Bildungsaktivitäten der Stiftung, die sich speziell auf Publikationen zur Zivilgesellschaft und dem Nonprofit-Sektor, auf den Aufbau eines Nonprofit-Netzwerkes und die Nonprofit-Forschung sowie die Vermittlung von Managementkompetenzen konzentrieren, wurden in 1998 in Form der zivilen Vereinigung AGNES ausgegründet. Diese finanziert sich überwiegend aus Stiftungsgrants, in erster Linie aus Phare - Mitteln der Stiftung NROS⁴²³.

⁴¹⁸ Interview mit Nicole Borůvka am 28.11.2002 in Prag.

⁴¹⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit David Stulík am 02.12.2002 in Prag.

⁴²⁰ Die Stiftung NROS wurde zur Verwaltung der PHARE-Mittel zur Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen in der Tschechischen Republik gegründet. Die EU stellte hierfür 2,6 Mio. ECU (89 Mio. Kč) für den Zeitraum 1993-1995, 2,0 Mio. ECU (68 Mio. Kč) zur Verfügung. Vgl.: NROS (Hrsg.): NROS Programmbericht 1993-1995. Prag. 1996, S.9.

⁴²¹ NROS (Hrsg.): NROS Programmbericht 1993-1995. Prag. 1996, S.20f.

⁴²² NROS (Hrsg.): NROS Jahresbericht 1997. Prag. 1998, S.10.

⁴²³ Seitens der EU unterstützt PHARE 2002 die langfristige Entwicklung des Nonprofit-Sektors durch Fundraising -Schulungen und Aktivitäten zur Etablierung einer Philanthropiekultur in Tschechien. Hierfür wurden den NPOs in 2003 zwei Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Vgl.: Meech, N.: Civil society in Central Europe: aspects of cooperation between NGOs and the state. Beitrag zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag: Civil Society in Czech Republic – the EU perspective. Prag, 11. November 2002, S.1.

Aus diesen Mitteln konnte AGNES⁴²⁴ in jüngerer Zeit drei Untersuchungen zum Nonprofit-Sektor⁴²⁵ in Tschechien finanzieren.

Aus europäischen Fördergeldern werden in der

„... Phare-Runde (2002) zum Beispiel über 350 Projekte (bestritten). Und das ist nur Phare. Das läuft zweimal im Jahr, also ca. 700 Projekte. Dann gibt es noch GABRIEL und „Helft den Kindern“ mit Grant-Projekten. Also jährlich über 1000 Projekte insgesamt.“⁴²⁶

Der ursprüngliche Stiftungszweck allerdings ist mit dem EU-Beitritt weggefallen.

„Der Hauptzweck unserer Stiftung ist, die Gelder aus Phare in Form von Grants zu verteilen. Und Phare wird mit dem Beitritt beendet. Das Jahr 2003, das ist das letzte Jahr, in dem Phare-Mittel fließen. Selbstverständlich werden die Projekte von diesem Geld noch bis 2005 realisiert. D.h. aber trotzdem, dass nach 2003 die Stiftung ihre Existenzberechtigung als Distributeur der Phare-Grants verliert. Die Frage ist jetzt für uns, wie wir weiter bestehen wollen. Es kommen neue Fonds als Finanzierungsinstrumente, Strukturfonds, die auch verwaltet werden müssen. Unsere Stiftung ist bemüht, sich in diese Implementierungsstrukturen einzubringen.“⁴²⁷

Der Wegfall der europäischen Fördergelder prädiziert eine Diversifizierung und Selektierung im tschechischen Nonprofit-Bereich.

„Das Programm PHARE für die Entwicklung der Zivilgesellschaft wird beendet, das wird ein spürbarer Geldverlust für die NPOs sein. Einige von ihnen werden sicher aus den Strukturfonds Geld bekommen, die stärksten. Mit europäischen Geldern wird sich der tschechische Nonprofit-Sektor schneller diversifizieren. Starke Organisationen werden noch professioneller, schwache gehen unter.“⁴²⁸

Zivilgesellschaftliches Engagement wird sich demzufolge insbesondere in den Bereichen gesellschaftlichen Lebens manifestieren, in denen es zunehmend gelingt, eigene Mittel zu akquirieren. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass – anders als die Institutionalisierung der

⁴²⁴ Die Agentur für den Nonprofit-Sektor AGNES wurde in der Organisationsform einer Zivilen Vereinigung 1998 gegründet. Sie ist eine Ausgliederung der Bildungsaktivitäten und –programme aus der Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft (NROS). Vgl.: www.agnes.cz

⁴²⁵ Es handelt sich hierbei um folgende, ebenfalls für diese Arbeit herangezogene Untersuchungen von FRIČ: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik (2000), Aktivitäten und Bedürfnisse der Nonprofit-Organisationen (1998), Spendenwesen und Freiwilligenarbeit in der Tschechischen Republik (2001).

⁴²⁶ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit David Stulík am 02.12.2002 in Prag.

⁴²⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen: a.a.O.

⁴²⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview (schriftlich) mit Dr. Hana Frištěnská am 07.01.2003.

Demokratie (die neben der normativen Basis auch das soziale Kapital der Bürger, ihre Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen benötigt, vgl. Kap.III/1.) - der strukturelle Aufbau zivilgesellschaftlichen Lebens in Tschechien mit dem EU-Beitritt weitestgehend als abgeschlossen betrachtet werden kann.

4.4. Synthese

In den vergangenen vierzehn Jahren flossen in die tschechischen Stiftungen zur Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten nicht nur amerikanische Gelder in erheblichem Umfang, sondern damit auch amerikanisches Know how und amerikanisches Verständnis zivilgesellschaftlichen Lebens und der Organisation eines Wohlfahrtsstaats-Selbstverständnisses. Eine abschließende Beurteilung, ob dieses amerikanische Experiment auf europäischem Boden, eines mit privaten Geldern initiierten wohlfahrtsstaatlichen Denkens, nun mit dem in 2004 vollzogenen EU-Beitritt Tschechiens endgültig ad acta gelegt wurde und ob man sich in Tschechien wieder in den besser steuerbaren staatlichen Nonprofit-Sektor begibt, dessen Strukturen man hier nicht einmal wieder beleben muss, da sie aufgrund der sozialistischen Vergangenheit in vielen Bereichen noch bestehen, kann im Bewusstsein über die begrenzte Aufschlusskraft der gewonnenen empirischen Evidenzen nicht gegeben werden. Ein Indikator für die Wiederbelebung von alten Nonprofit-Strukturen könnte der Rückzug amerikanischen Engagements durch die Beendigung des TRUST for Civil Society in Central and Eastern Europe sein. Andererseits lebt das amerikanische Engagement sowie Einflüsse des angloamerikanischen Liberalismus in Stiftungen wie dem Open Society Fund Praha und die Stiftung VIA weiter. Möglicherweise kann sich aus dem dreipoligen Spannungsfeld der österreich-ungarischen Vergangenheit, die sich in der Verbundenheit, der Loyalität zum Staat – im „österreichisch-ungarischen Beamtentum“, dass im Bewusstsein vieler Mitarbeiter staatlicher Institutionen fortbesteht⁴²⁹ einerseits, aus der Bewältigung der sozialistischen Vergangenheit, in der private Interessen und Individualität degradiert wurden, zum Zweiten, und drittens aus den liberalen amerikanischen, aber auch kanadischen und europäischen Einflüssen, die das zivilgesellschaftliche Leben und die Aktivitäten innerhalb des Nonprofit-Sektors als vom Staat völlig unabhängig begreifen, für Tschechien eine gute Synthese entwickeln. Im Kontext des TAYLORschen Modells einer demokratischen Ordnung (vgl. S.20f.), basierend auf der Anerkennung konkurrierender individueller Interessen, im tschechischen Fall transatlantischer und kontinentaleuropäischer Interessen – die den strukturellen Aufbau zivilgesellschaftlicher Ordnung in Tschechien in den letzten vierzehn Jahren exogen beeinflusst haben, wird sich eine demokratische

⁴²⁹ Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

Ordnung konstituieren, in deren Mitte nichtstaatliche Akteure einen festen Platz einnehmen. Am Aufbau dieser Ordnung hatten die Stiftungen in der Untersuchungsperiode einen wichtigen Anteil. Auch künftig wird sie durch den in der Arbeit beschriebenen Vollzug der Aggregation kollektiver und individueller Interessen über die Stiftungen mitgeprägt sein.